Einzelpreis 30 Pfg. • 4. Jahrgang   Sonnabend, 7. Mai 1921   Nummer 209 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit“ erſcheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zuſtellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Poſtbezug nehmen ſämtliche Poſtanſtalten Beſtellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutſchland, Oeſterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet ſowie die früheren deutſchen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutſchland u. Oeſterreich-Ungarn 95 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgeſpaltene Nonpareillezeile oder deren Raum koſtet 5,— M. einſchließlich Teuerungszuſchlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einſchließlich Teuerungszuſchlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Geſuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Geſuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Fernſprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutſchlands

Gefahrdrohende Stunden

Zweideutige Erklärung der Regierung — Selbſtausſchaltung des Reichstags — Reichswehr in Bereitſchaft

Im Reichstage gab geſtern der Reichskanzler Fehrenbach eine Erklärung über die Lage in Oberſchleſien und die Stellungnahme der deutſchen Regierung ab, die zu heftigen Auseinanderſetzungen und zu vorzeitiger Schließung der Sitzung führten. Fehrenbach verlas die Note, die an die alliierten Regierungen gerichtet worden iſt, und knüpfte daran die Bemerkung:

„Hinzufügen will ich noch, daß inzwiſchen die Anordnungen in die Wege geleitet ſind, um die Reichswehr in den Stand zu ſetzen, in kürzeſter Friſt dasjenige zu tun, was nach dem Ergebnis unſeres Schrittes bei den alliierten Mächten als notwendig erſcheinen möchte.“

Dieſer hinzugefügte Satz rief auf der Linken den Eindruck hervor, als ob ſeit den Erklärungen der Regierung am Sonntag im Auswärtigen Ausſchuß, daß die Reichswehr nur mit Zuſtimmung der Entente verwendet werden würde, eine völlige Schwenkung in ihrer Haltung eingetreten ſei. Im Namen der Unabhängigen Fraktion verlangte deshalb der Genoſſe Ledebour die Beſprechung dieſer Regierungserklärung, da es nicht angängig ſei, daß der Reichstag ſich ſelber ausſchalte, insbeſondere, nachdem die Regierung durch den Reichskanzler die Möglichkeit der Verwendung der Reichswehr auch ohne die Zuſtimmung der Alliierten erklärt habe.

Während die Kommuniſten ſich dieſem Verlangen anſchloſſen, erklärten die Rechtsſozialiſten durch Hermann Müller, daß ſie ſich von einer Debatte keine Förderung der Intereſſen der deutſchen Arbeiterſchaft in Oberſchleſien verſprechen. Den zweideutigen Charakter der Erklärung der Regierung, den Gegenſatz zwiſchen ihren Worten vom Donnerstag und ihrer gegenwärtigen Haltung, die große Gefahr, daß wieder, wie ſchon ſo oft, die Militariſten fertige Situationen ſchaffen, ließ er vollkommen unberückſichtigt.

Nachdem Fehrenbach den Verſuch unternommen hatte, ſeinen Worten eine harmloſe Auslegung zu geben, unterſtrich Genoſſe Ledebour noch einmal mit großem Nachdruck die Notwendigkeit der ſofortigen Beſprechung der Regierungserklärung. Da eine verantwortliche Regierung nicht mehr beſteht, habe der Reichstag die doppelte Verpflichtung, ſich nicht ſelber auszuſchalten, ſondern ſeine Auffaſſung darzulegen. Bei der Abſtimmung aber blieben Unabhängige und Kommuniſten völlig allein. Zwar konnte man deutlich beobachten, daß ein erheblicher Teil der rechtsſozialiſtiſchen Fraktion in Erkenntnis der Zweideutigkeit der Regierungserklärung für die Beſprechung war. Die Parteidiſziplin aber zwang ſie, Hermann Müller zu folgen.

Hatte ſchon vor der Abſtimmung der Kommuniſt Maltzahn dreimal drohend angekündigt, daß die Kommuniſten die Beſprechung unter allen Umſtänden zu erzwingen ſuchen würden, ſo wurde die Abſicht der Kommuniſten, Radauſzenen zu provozieren, noch deutlicher, als der berüchtigte Schreier Remmele an die Rednertribüne ſtürzte und ſo deutlich bekundete, daß an eine ordnungsgemäße Verhandlung nicht mehr zu denken ſein werde. Das benutzte der Präſident Löbe, um in Widerſpruch zu den Verabredungen im Aelteſtenrat, die Verhandlungen kurzerhand abzubrechen.

Zweifellos iſt das Verhalten der Kommuniſten vorbereitet und verabredet geweſen. Wie das an anderer Stelle beſprochene Flugblatt der „Roten Fahne“ zeigt, halten die Kommuniſten die Zeit für gekommen, die Arbeiterſchaft in ein neues Abenteuer hineinzuſtürzen. Die mit dem Ausſchluß Bedrohten leiſten dabei, wahrſcheinlich um ihre bisherigen Sünden abzubüßen, gehorſamſt Handlangerdienſte. Maltzahns Ankündigung auf ſchärfſte Obſtruktion war aber ebenſo ungeſchickt vorgebracht, wie dumm. Sie blieb deshalb wirkungslos. Denn daß die Ankündigung der Kommuniſten auf Obſtruktion gar keinen Eindruck machen kann, wenn die Gegenſeite an den ſpäter zu verhandelnden Gegenſtänden keinerlei Intereſſe hat, haben dieſe Strategen noch jetzt nicht begriffen.

Ebenſo unverantwortlich iſt die Haltung der Rechtsſozialiſten. Immer und immer wieder geſellen ſie ſich an die Seite der bürgerlichen Parteien und geben die Rechte des Parlaments kampflos preis. Aber geſtern handelte es ſich noch um weit mehr! Der deutſche Nationalismus hat ein Intereſſe an internationalen Verwicklungen. Nach den Treibereien der Deutſchnationalen muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, — ob mit oder ohne Zuſtimmung der Regierung, iſt ganz gleichgültig, — daß abenteuerluſtige Militariſten die Zeit für Aktionen gekommen erachten. In einem ſolchen Augenblick, wo noch dazu eine Regierung eigentlich nicht mehr vorhanden iſt, muß die Volksvertretung ſprechen. Ihre Selbſtausſchaltung kommt einer Aufgabe ihrer Daſeinsberechtigung überhaupt gleich.

Auch die Haltung des Reichstagspräſidenten Löbe, der die Sitzung kurzerhand ſchloß, als er Tumultſzenen durch die Kommuniſten befürchtete, iſt kaum als zweckmäßig anzuſehen, ſo begreiflich auch ſeine Motive geweſen ſein mögen, der Oeffentlichkeit das Schauſpiel wüſter Radauſzenen gerade in dieſem ernſten Augenblick zu erſparen. Das darf doch aber nie zu ſolchen Vorbeugungsmaßnahmen und zur Verletzung der Geſchäftsordnung des Reichstages führen.

• • •

Sitzungsbericht

Präſident Loebe erteilt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort dem

Reichskanzler Fehrenbach:

Unſerm Botſchafter in London iſt geſtern das Ultimatum des Oberſten Rats durch den engliſchen Premierminiſter übergeben worden; außerdem iſt im Laufe der Nacht der engliſche Text der Beſchlüſſe der Alliierten über die Reparations- und Zahlungsforderungen eingetroffen. Es ſind umfangreiche Schriftſtücke. Das Kabinett wird alle Sorgfalt darauf verwenden, die ſachlichen Unterlagen für die Entſcheidung vorzubereiten, die dem neuen Kabinett obliegt. Ueber die Aufſtandsbewegung in Oberſchleſien hat das Kabinett geſtern dem Auswärtigen Ausſchuß Bericht erſtattet. Die Vorbereitungen zu einer gewaltſamen polniſchen Aktion ſind zu offen vor ſich gegangen, daß über die aufrühreriſchen Zwecke und Abſichten längſt kein Zweifel möglich war. Heute hat ſich der Aufſtand bereits nach Norden bis zur ſogenannten Korfanty-Linie, teilweiſe darüber hinaus verbreitet. (Hört! hört!) **Ueber die polniſche Grenze ſind Waffen und Ausrüſtungen nach Oberſchleſien gelangt.** (Hört! Hört!) Daß polniſche Offiziere und Soldaten, wenn auch keine regulären polniſchen Truppenkörper beteiligt ſind, wird kaum in Abrede geſtellt werden können (Hört! Hört!). Offenbar beſteht der Plan, vollendete Tatſachen im Intereſſe Polens zu ſchaffen und damit den alliierten Regierungen die Hände zu binden. Die polniſche Preſſe in Warſchau ruft die polniſche Geſellſchaft zur Hilfe für die Inſurgenten auf, auch liegen Anzeichen für polniſche Mobilmachungsmaßnahmen vor. (Hört! Hört!) Von allen Seiten dringen Hilferufe zu uns. Unſern oberſchleſiſchen Volksgenoſſen verſichern wir, daß wir alles, was in unſerer Macht ſteht, tun, um ſie in ihren Rechten und in ihrem Leben zu ſchützen. (Lebhaftes Bravo!)

Wir müſſen darauf achten, daß nicht irgendwelche Akte von Unbeſonnenheit und Verzweiflung ſtattfinden. Mit Rückſicht auf die geſamte Lage müſſen wir auch an die Deutſchen außerhalb des inſurgierten Gebietes die Aufforderung richten, die Aufgabe der Regierung durch beſonnenes Verhalten zu unterſtützen. So ſehr uns das Blut in den Adern kocht, ſo überlegt muß alles ſein, was in Oberſchleſien zu tun iſt.

Redner verlieſt die Note, die am Donnerstag an die Beſatzungsmächte, an London, Paris und Rom, gerichtet worden iſt. Der Reichskanzler fügt ſodann hinzu: **daß inzwiſchen die Anordnungen in die Wege geleitet ſind,**

um die Reichswehr in den Stand zu ſetzen,

in kürzeſter Friſt dasjenige zu tun, was nach dem Ergebnis unſeres Schrittes bei den alliierten Mächten als notwendig erſcheint.

Mit dieſen Erklärungen muß ich mich für jetzt begnügen. Ich glaube, daß ich in Ihrer aller Namen und im Namen des deutſchen Volkes ſpreche, wenn ich der ſchwergeprüften oberſchleſiſchen Bevölkerung zurufe: Harrt aus, ſtandhaft wie bisher! Auch Euer Weg wird, allen finſteren Mächten zum Trotz, aus dem gegenwärtigen Dunkel wieder ins Helle führen! (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.)

Abg. Ledebour (USP.):

Es iſt dringend notwendig, in eine Beſprechung der Erklärung des Reichskanzlers einzutreten. Wir hatten erwartet, daß das Haus von ſelbſt eine ſolche Beſprechung im voraus vereinbart haben würde. Da das aber nicht geſchehen iſt, ſind wir in die Notwendigkeit verſetzt, unſererſeits einen ſolchen Antrag zu ſtellen. Dieſe Notwendigkeit iſt noch ganz erheblich verſtärkt worden durch die Erklärung des Reichskanzlers, aus der zu entnehmen iſt, **daß die Regierung von der Haltung, die ſie noch geſtern eingenommen hat, ſich in eine Richtung hat abdrängen laſſen, die unſerer Auffaſſung nach bedenkliche Konſequenzen hat.** Gerade, da die Regierung eine Geſchäftsregierung iſt und daher der Reichstag für die Fortführung der politiſchen Geſchäfte ausſchließlich die Verantwortung trägt, muß der Reichstag ſich über die Frage ſo ausſprechen, daß der gegenwärtigen Regierung oder der im Entſtehen begriffenen beſtimmte Richtlinien gegeben werden, von denen ſie nicht abgehen darf. **Sonſt könnte es ſehr leicht dahin kommen, daß Mißgriffe uns vor unüberſehbare Konſequenzen ſtellen.** (Bravo b. d. USP.)

Abg. **Braß** (Komm.): Auch wir ſind der Meinung, daß eine Beſprechung erfolgen muß. Die Erklärung des Reichskanzlers enthielt äußerſt ſchwerwiegende Mitteilungen, ganz beſonders hinſichtlich der Anweiſung an die Reichswehr, ſich bereit zu halten.

Abg. Müller-Franken (S. P. D.): Wir ſind einig mit dem Reichskanzler, daß der bittere Ernſt der Lage von allen Schichten empfunden wird. Aber gerade aus dieſer Stimmung heraus fragen wir uns, ob dem Intereſſe der deutſchen Arbeiter damit gedient iſt, daß wir jetzt eine Debatte heraufbeſchwören. **Ich ſtelle feſt, daß die Regierung und alle Parteien bei den Verhandlungen, die vorgeſtern und geſtern im Auswärtigen Ausſchuß gepflogen worden ſind,** darüber einig waren, daß, ehe von einem Eingreifen militäriſcher Kräfte die Rede ſein kann, das Parlament gehört werden muß. (Zuruf Criſpien: Der neue Burgfriede!)

Abg. Ledebour (USP.):

Wir ſtehen nun wieder einmal vor Tatſachen, wie wir es in jeder wichtigen und gefährlichen Kriſis erlebt haben. **So wie gefahrdrohende Situationen auftauchen, verhindert die Mehrhei eine Beſprechung der Fragen ſowie Beſchlußfaſſungen.** Was i dabei herausgekommen? Indem Sie von Fall zu Fall immer de Regierung und ihren Diplomaten die Weiterführung der Geſchäft vertrauensvoll überlaſſen haben, haben Sie dazu beigetragen, **da ſich die Regierung ſelber zu Tode regiert hat.** Alſo gerade nac dieſen Erfahrungen, die wir in der letzten Zeit gemacht haben ſollten ſie doch wenigſtens ſoviel gelernt haben, daß es verkehr iſt, den Reichstag immer in den entſcheidenden Kriſen auszuſchalten und vertrauensvoll einigen, zwar von Charakter und Gemü äußerſt angenehmen, Herren es zu überlaſſen, für Sie z denken und für Sie zu handeln. (Sehr gut! Links.) Nein, meine Herren, ſo kommen wir aus den unerträglichen Verhältniſſen nicht heraus, wenn der Reichstag jedes Mal in jede ſolchen Situation ſich ſcheut, die Verantwortung zu übernehmen zu der er verpflichtet iſt in ſolchen Kriſen!

Gegenüber dem Abg. Müller bemerke ich: Er hat ſich darau berufen, daß ſich bei der Beſprechung im Auswärtigen Ausſchu im weſentlichen Einmütigkeit herausgeſtellt hat. Aber das i nicht ganz richtig. Es war ein erhebender Augenblick, als Abg Weſtarp in der Poſe Hermanns, des Cheruskers, im Teutoburger Walde, mit dem langen Schwert auftrat. Und ich konnt konſtatieren, daß nach unſerer Auffaſſung Graf Weſtarp durch ſein eigenen Parteifreunde desavouiert wurde. Es hat ſich heute abe herausgeſtellt, daß das ein Irrtum war, denn die Herren von de Deutſchnationalen Partei, die geſtern in allen ihnen zur Verfügung ſtehenden Sprachen geſchwiegen haben, haben heute i Seniorenkonvent Verwahrung gegen dieſe Einmütigkeit eingelegt. **Wenn der Reichskanzler ſagt, daß die Regierung ſi überlege, ob nicht die Einſetzung der deutſchen Wehrmacht in Oberſchleſien notwendig werden könne, ſo müſſen wir gerade wege dieſer, im Laufe der Nacht gekommenen Sinnesänderung verlangen,**

daß der Reichstag entſcheidet.

Das Totſchweigeſyſtem wird uns in der parlamentariſchen Ver genau ſo zum Unglück gereichen, wie das diplomatiſche Geheimniskrämerſyſtem uns ins Unglück hineingeritten hat. (Brav b. d. USP.)

Reichskanzler **Fehrenbach:** Die Auffaſſung der Regierung i heute ganz die gleiche wie ſie ſie geſtern im Auswärtigen Ausſchu kundgegeben hat. (Zuruf Ledebour: Sie haben ſich hier aber gan anders ausgedrückt!) Nein. Ich kann nur ſagen, daß die Regierung entſchloſſen iſt, vor jedem Einſetzen militäriſcher Machtmitte das Parlament zu befragen.

Abg. **Maltzahn** (Komm. mit großer Unruhe empfangen): Wi **werden die Beſprechung erzwingen.** (Unruhe und Lachen.) I Namen meiner Fraktion erkläre ich (Große Heiterkeit und Zurufe: Welcher Fraktion?) — im Namen der Vereinigten Kommuniſtiſchen Partei! (Große Heiterkeit und Zurufe: Der Veruneinigten! — Erneute Heiterkeit.) Wir werden Ihnen beweiſen, daß wir noch da ſind. Warten Sie nur ab! (Gelächter.) Wir ſprechen dieſer Regierung, die in Liquidation begriffen iſt und jeder neuen Regierung, die durch Kuhhandel zuſammengebraut werden ſoll, das Recht ab, über die Lebensfrag der deutſchen Arbeiter zu entſcheiden. Jetzt hat das deutſche Vol das Wort. (Unruhe und Gelächter.) Der Reichskanzler hat mi aller Deutlichkeit erklärt, daß die Reichswehr in Gang geſetz werden ſoll. (Stürmiſcher Widerſpruch und Zurufe: Das Gegenteil hat er geſagt!) Warten Sie nur ab! **Wir werden die Beſprechung heute erzwingen.** (Lachen und allgemeine Unruhe.)

Die Abſtimmung ergibt die Ablehnung des Antrages auf ſofortige Beſprechung gegen Kommuniſten und Unabh [illegible] bei den Komm. Einige Kommuniſten ſpringen nach dem Rednerpult.)

Präſident **Löbe:** Ich ſchlage vor, die weiteren Punkte der Tagesordnung jetzt nicht zu behandeln. Die nächſte Sitzung feſtzuſetzen, behalte ich mir vor. (Stürmiſcher Beifall b. d. Mehrheit — Lärm b. d. Komm.) Schluß 4½ Uhr.

Die „ruhende“ Regierungskriſe

Der geſtrige Tag iſt gänzlich verſtrichen, ohne daß di bürgerlichen Parteien ihre Verſuche fortgeſetzt hätten, endli eine Regierung zuſtande zu bringen. Heute wollen die Fraktionen wieder zuſammentreten, um das Material zu prüfen und Stellung zu den Forderungen der Alliierten zu nehmen. Ihre Entſchlüſſe zu der außenpolitiſchen Lage ſolle erſt die Vorausſetzung für die Bildung der neuen Regierun abgeben. Bis dahin ſoll die Kriſe noch „ruhen“, man kan alſo damit rechnen, daß auch der heutige Sonnabend, un vielleicht noch der Sonntag dazu, vergehen wird, bis ein neue Regierung zuſtande kommt.

Den Fürſten Bülow hat man nach den Preſſemeldunge wieder fallen gelaſſen. Ausſichtsreichſter Kandidat ſoll nunmehr wieder Herr Streſemann ſein, und wenn er nich **Reichskanzler wird, ſo glaubt man doch in ihm den beſte Mann für das Auswärtige Amt gefunden zu haben.**

Der Aufſtand in Oberſchleſien

Nationaliſtiſche Bewegung, keine polniſche Revolution!

Der polniſche Aufſtand hat ſich auf das ganze Gebiet hinter der ſogenannten Korfanty-Linie ausgedehnt. Die größeren deutſchen Orte ſind von den Inſurgenten eingeſchloſſen und es hat den Anſchein, als ob die Truppen der Interalliierten Kommiſſion nicht imſtande ſeien, des Aufſtandes Herr zu werden. Was die Schwierigkeit der Lage noch erhöht, daß iſt die Wahrſcheinlichkeit, daß es innerhalb der Interalliierten Kommiſſion ſelbſt zu Zwiſtigkeiten über die Bekämpfung des Aufruhrs gekommen iſt. Nach einer polniſchen Meldung ſollen die franzöſiſchen Offiziere erklärt haben, daß ſie am Kampfe gegen die Polen nicht teilnehmen wollten. Da die franzöſiſchen Truppen den Hauptteil der Beſatzung ſtellen, ſo haben die polniſchen Aufrührer, wenn dieſe Meldung den Tatſachen entſpricht, augenblicklich keinen ernſthaften militäriſchen Gegner vor ſich; die Engländer verhalten ſich noch abwartend und die Italiener ſind viel zu ſchwach an Zahl, als daß ſie den Kampf mit den anſcheinend gut ausgerüſteten Polen allein aufnehmen könnten. Dieſen Stand der Dinge hat Korfanty, wiederum nach einer polniſchen Meldung, zum Anlaß genommen, um eine bereits feſtſtehende Tatſache zu ſchaffen. Er ſoll der Interalliierten Kommiſſion vorgeſchlagen haben, eine Demarkationslinie zu ſchaffen, wie ſie früher in Poſen und Weſtpreußen beſtand und die vorläufig von Polen und Deutſchland reſpektiert werden ſolle.

Es iſt freilich nicht anzunehmen, daß die Entente, von dem polenfreundlichen Frankreich abgeſehen, ſich auf dieſes Spiel einlaſſen wird. Denn in Oberſchleſien handelt es ſich um wichtige wirtſchaftliche Intereſſen, an denen nicht nur Polen intereſſiert iſt. Man kann es ſich auch kaum vorſtellen, daß die Entente aus Oberſchleſien, wo ſie ſtaatsrechtlich und militäriſch ſtark engagiert iſt, ein zweites Fiume oder Wilna machen laſſen wird. Es wird aber höchſte Zeit, daß die Alliierten dem polniſchen Treiben in Oberſchleſien ein Ende machen, denn je länger dieſes Spiel noch dauert, deſto leichter wird es den deutſchen Nationaliſten, an dem oberſchleſiſchen Aufruhr ihr militäriſches Süppchen zu kochen.

Nicht nur der deutſche Nationalismus verſucht es, aus den oberſchleſiſchen Vorgängen friſche Nahrung für ſich zu ziehen. Auch die deutſchen Putſchiſten glauben, daß die Zeit für eine „Aktion“ wiedergekommen ſei. Einer ihrer Wortführer hat geſtern im preußiſchen Abgeordnetenhaus behauptet, daß ſich Hunderttauſende von oberſchleſiſchen Proletariern gegen die deutſchen Kapitaliſten erhoben, daß ſie die Betriebe beſetzt hätten und daß bald die Großgrundbeſitzer an den Bäumen und die Zechenmagnaten an den Laternenpfählen hängen würden. Die hyſteriſche Rede dieſes Mannes klang in die Beweisführung aus, daß es ſich in Oberſchleſien um einen revolutionären Aufſtand handele, der vom deutſchen Proletariat unterſtützt werden müſſe.

Das Dutzend Kommuniſten, das in Oberſchleſien noch zu finden iſt, wird ſich verwundert die Augen reiben, wenn ihnen dieſes Zeug zu Geſicht kommen ſollte. Wer auch die Hauptſchuld daran trägt, daß es zu den jetzigen Ereigniſſen in Oberſchleſien gekommen iſt: die Tatſachen ſtehen unwiderruflich feſt, daß der Aufſtand von den polniſchen Nationaliſten hervorgerufen worden iſt und durchgeführt wird, daß die oberſchleſiſchen Proletarier, die ſich daran beteiligen, nicht als proletariſche Revolutionäre, ſondern als Nationaliſten handeln, und daß ſchließlich, wenn das Ergebnis des Aufſtandes wirklich der Anfall Oberſchleſiens an Polen ſein ſollte, dies nicht eine Stärkung der proletariſchen Revolution, ſondern eine Vermehrung der reaktionären Kräfte hüben wie drüben bedeuten würde.

Nicht den nationaliſtiſchen Aufſtand in Oberſchleſien umzulügen in eine revolutionäre Bewegung der oberſchleſiſchen Arbeiterſchaft, und daraus die Notwendigkeit neuer putſchiſtiſcher Abenteuer herzuleiten iſt jetzt die Aufgabe der deutſchen Arbeiter, ſondern auf der Hut zu ſein, daß die oberſchleſiſche Frage nicht auch in Deutſchland zu einem neuen Aufflammen des Nationalismus Veranlaſſung gibt!

Die Lage im Aufſtandsgebiet

Oppeln, 6. Mai. (W.T.B.)

Nach den am 5. Mai abends vorliegenden Nachrichten iſt die Lage im Aufſtandsgebiet unverändert ernſt. Die polniſchen Inſurgenten verſuchen immer noch, nach Norden hin Boden zu gewinnen. Nachdem Groß-Strehlitz von den Aufſtändiſchen wieder geräumt worden iſt, werden nunmehr Angriffsvorbereitungen der Aufrührer in der Richtung auf Coſel und Leſchnitz feſtgeſtellt. Infolge erneuter Störungen im Fernſprechverkehr liegen aus dem Zentral- und Südrevier nur wenig Meldungen vor. In Hindenburg haben Plünderungen der Lebensmittelgeſchäfte ſtattgefunden. Nachdem in den erſten Tagen die am polniſchen Aufruhr beteiligten aktiven polniſchen Soldaten meiſtens Zivilkleidung getragen haben, wird dieſe Vorſichtsmaßregel jetzt nicht mehr beachtet, ſondern es ſind zahlreiche Aufrührer in der Uniform der polniſchen Armee feſtgeſtellt, die mit polniſchen Militärkraftwagen überall im Lande Requiſitionen vornehmen. Die Werbungen unter der deutſchen Bevölkerung für die Abſtimmungspolizei haben bisher ſehr guten Erfolg gehabt.

Eine Kundgebung Korfantys

Wie die „Telegraphen-Union“ aus Kreiſen der Interalliierten Kommiſſion hört, hat Korfanty an die polniſchen Truppen folgendes bekanntgegeben: „Obwohl mich die Warſchauer Regierung von meinem bisherigen Poſten in Oberſchleſien abberufen hat, gebietet mir mein Gewiſſen, trotzdem für die oberſchleſiſche Sache zu wirken. Ich habe daher das Kommando über die polniſchen Operationen genommen. Gleichzeitig habe ich Woſina zum Oberbefehlshaber über die Truppen ernannt.“

Der Oberbefehlshaber Woſina hat auf Grund ſeiner Kommandogewalt weitere Verordnungen erlaſſen, in denen geſagt wird, daß der Belagerungszuſtand über ganz Oberſchleſien verhängt worden iſt. Außerdem werde der Oberbefehlshaber weitere Befehlshaber ernennen, denen nach Bekanntgabe unbedingt Folge zu leiſten iſt. Weiter beſagt die Bekanntmachung, daß Zuſammenſtöße mit der Beſatzungstruppe zu vermeiden ſind und möglichſt kein Blut zu vergießen iſt. Die Truppe wird ferner darauf hingewieſen, in keinem Falle zu plündern oder zu rauben.

Die Haltung der Ententemächte

Der Berichterſtatter des „Oſt-Expreß“ in Warſchau gibt nach Mitteilungen der polniſchen Preſſe über die Haltung der Ententemächte in der oberſchleſiſchen Frage folgende Darſtellung:

Der franzöſiſche Geſchäftsträger Panafieu äußerte gegenüber dem Vizeminiſter Piltz, der ihm ein Memorandum der Regierung über den oberſchleſiſchen Putſch überreichte, ſein Bedauern wegen der Vorfälle in Oberſchleſien; **Frankreich erſtrebe jedoch weiterhin die Befreiung der oberſchleſiſchen Bevölkerung.** Der engliſche Vertreter Maxmüller, der den Empfang einer Deputation Warſchauer Verbände abgelehnt hatte, betonte Piltz gegenüber die Bedeutung der Verantwortungsfrage für die Vorfälle. Angeſichts der Tatſache, daß der italieniſche General Martini dem Aufſtand entgegentreten mußte, macht ſich in der Preſſe und beim Publikum neuerdings eine größere Animoſität gegen Italien als gegen England geltend. Das Verhältnis zu Deutſchland und die diesbezüglichen Perſpektiven werden in der Preſſe nicht erörtert. Die polniſche Denkart läßt es jedoch durchaus möglich erſcheinen, daß ſelbſt Frankreichs Parteinahme von mancher Seite als ungenügend betrachtet werden könnte. Der „Kurjer Poranny“ wundert ſich über die Zuſammenſtöße zwiſchen polniſchen und alliierten Truppen, da die Bevölkerung von maßgebender alliierter Seite **zu einem bewaffneten Hervortreten ermächtigt und ermutigt worden ſei.** Inwieweit der italieniſche General Martini noch überhaupt auf die Ereigniſſe einwirkt, darüber gewinnt man aus den geſamten Preſſenachrichten kein klares Bild.

Die Kommuniſten wollen putſchen!

Die Kommuniſten haben an der vernichtenden Niederlage, die ſie mit ihrem Märzputſch der Arbeiterſchaft zugefügt haben, noch nicht genug. Wiederum ſuchen die verantwortungsloſen Geſellen, die von Paul Levi ſo zutreffend als Schandbuben gekennzeichnet worden ſind, die in den Keller einer Kaltwaſſerheilanſtalt gehören, die Arbeiterſchaft mit der Vorſpiegelung falſcher Tatſachen zu unbeſonnenen Schritten zu verleiten. Den nationaliſtiſchen Aufſtand der Polen ſuchen ſie deshalb in eine revolutionäre Erhebung der Arbeiterſchaft Oberſchleſiens gegen die Kapitaliſten umzufälſchen. Der Verſuch der Polen, ſich mit Gewalt in den Beſitz Oberſchleſiens zu ſetzen, iſt in ihren Augen der imperialiſtiſche Krieg gegen Polen!

Im Reichstage und im Landtage haben die Kommuniſten Radauſzenen zur Vorbereitung ihrer Aktion zu entfeſſeln geſucht. Geſtern abend überſchwemmten ſie die Stadt mit einem Extrablatt der „Roten Fahne“, in dem neben der Behauptung von der bereits erfolgten Mobiliſierung der Reichswehr auch die lügneriſche Behauptung von der Militariſierung der Betriebe aufgeſtellt wird. Die Arbeiterſchaft müſſe mit dem Generalſtreik antworten. Dieſe Aufforderung erfolgt, obwohl es zwei Zeilen ſpäter heißt: „Wenn die Helden der Konterrevolution zum Krieg ausziehen, werden ſie binnen kurzem mit Prügeln nach Hauſe geſchickt werden, denn der Krieg gegen Polen heißt Krieg gegen die Entente.“

Der unzurechnungsfähigen Leitung der der V.K.P.D., der ſich die Braß und Malzahn und Konſorten wieder völlig untergeordnet zu haben ſcheinen, möchte alſo die Arbeiterſchaft wiederum zu Aktionen verleiten, bei denen ſie allein die Leidtragende wäre. So ausſichtslos und dieſes Beginnen auch erſcheint, möchten wir doch die Arbeiterſchaft nachdrücklichſt vor allen Unbeſonnenheiten warnen. Je ernſter die Situation iſt, um ſo ruhiger muß die Arbeiterſchaft ihre Entſchlüſſe faſſen, und ihre Handlungen vorbereiten. Jede Einzelaktion iſt deshalb von vornherein verfehlt.

Die Unabhängige Sozialdemokratie, die den Ernſt der gegenwärtigen Situation voll erfaßt hat, hat von Anfang an den Treibereien der Deutſchnationalen auf Einſetzung der Reichswehr in Oberſchleſien ſchärfſten Widerſtand entgegengeſetzt. Sie hat nie einen Zweifel daran gelaſſen, daß ſie alle Maßnahmen bekämpfen wird, die den gewaltſamen Austrag der internationalen Konflikte nach ſich ziehen könnten. Das wird ſie auch für die Folge tun. Hyſteriſches Geſchrei und Fälſchungen der Tatſachen aber ſind keine zweckmäßigen Mittel.

Die Arbeiterſchaft muß ihre Kraft aufſparen bis zu dem Augenblick, wo ihre berufenen Organiſationen zu Handlungen auffordern.

Die weiße Schmach

Aus Speyer wird unſerem Münchener Parteiblatt „Der Kampf“, geſchrieben:

Zurückgekehrt von München, muß ich mich zuerſt einmal umſchauen, ob ich denn ſchon im beſetzten Gebiete bin; denn das, was ich im Imperialtheater geſehen habe unter dem Titel „Schwarze Schmach“, ſuche ich hier vergebens, und nicht allein hier, ſondern auch in Ludwigshafen, Mainz, Worms uſw. ſuchen Sie dieſe Zuſtände, wie ſie in dieſem Film dargeſtellt ſind, vergebens und man ſollte annehmen dürfen, daß die „ſozialiſtiſchen“ Abgeordneten, wie Klement-Kaiſerslautern und Körner-Ludwigshafen, dieſem Unfug entgegentreten, da ja dieſe Herren unbedingt wiſſen müſſen, daß derartige Dinge, wie ſie der Film bringt, in das Reich der Fabel gehören und nur dazu hergeſtellt ſind, um die Gemüter aufzupeitſchen, und die Leidenſchaften und den Rachegedanken zu ſchüren.

Was ich perſönlich in Speyer geſehen habe, daß weiße Frauen des Abends um 9 Uhr in einer Seitengaſſe in der Nähe des Altgürtels mit ſchwarzen Soldaten ſchäkern, Schokolade eſſen und noch mehr tun, ſieht gewiß nicht nach Gewalttätigkeit der ſchwarzen Truppen aus. Daß ſich drei Frauen in das Verſicherungsgebäude einſchleichen, um bei den wachhabenden Schwarzen ſchlafen zu können, iſt doch gewiß auch nicht die Schuld der Beſatzungstruppen, noch weniger der Beſatzungsbehörden. Nicht unbekannt dürfte es auch den Herren Abgeordneten ſein, daß die ſchwarzen Truppen ſehr hart beſtraft werden wegen Verfehlungen gegen weiße Frauen, und daß zu den Verhandlungen in ſolchen Fällen ſtets Beiſitzer aus heimiſchen Kreiſen zugezogen werden. Ich habe in Erfahrung gebracht, daß die Hotel- und Kurhausbeſitzer in Wiesbaden die Herren von der Preſſe gebeten haben, ſie möchten doch endlich der Wahrheit die Ehre geben und die Schauermären, die über die Beſatzungstruppen umgehen, in der Preſſe als unwahr erklären, damit die Geſchäfte durch dieſe Lügenmeldungen nicht vollſtändig ruiniert werden.

Was die Bordelle betrifft, teile ich Ihnen meine Erfahrungen mit, die ich in einem ſolchen Hauſe geſammelt habe. Schon der Eintritt in ein ſolches Haus drängt Ihnen den Schluß auf, daß Sie es hier nicht mit Frauen zu tun haben, die mit Liſt und Gewalt in dieſes Haus kamen. Der Austritt ſteht jeder dieſer Damen frei. Wenn Sie dieſes Gebaren der Frauen ſehen, dann ergreift Sie Scham und Ekel. Beim Eintritt ſehen Sie dieſe Damen im Freudenhauskoſtüm zu 10—12 auf der Treppe ſtehen zur Auswahl. Beim Betreten des Kneiplokals ſehen Sie dieſe Frauen auf dem Schoße der Schwarzen ſitzen und dieſe abküſſen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung iſt ein Wachhabender mit 6 Mann abkommandiert, die jeden, der ſich eine Ungehörigkeit erlaubt, an die Luft ſetzen oder ſchlimmſten Falles verhaften und ihn der Beſtrafung zuführen. Sie ſehen alſo, daß die Beſatzungsbehörde in dieſer Beziehung ihre Schuldigkeit tut.

Es iſt mir mitgeteilt und von einwandfreien Leuten beſtätigt worden, daß ſich in Ludwigshafen bei der Eröffnung des Bordells dreimal ſoviel Frauen gemeldet haben als man gebraucht hat, darunter verheiratete Frauen. Eine Kriegerswitwe, Mutter von vier Kindern, war ebenfalls darunter. Nun dürfen Sie aber nicht glauben, daß alle dieſe Frauen aus Neigung dieſes Haus aufgeſucht haben, ſondern die meiſten hat die Not dazu getrieben, die Arbeitsloſigkeit und die ungeheure Teuerung. **Hier hat die Regierung vollſtändig verſagt. Die Frauen, die in der Kriegswirtſchaft in den Fabriken waren, wurden, da kein Profit mehr aus ihnen herauszuſchlagen war, aufs Pflaſter geſetzt.** Die Herren Kriegslieferanten knöpften die Taſchen zu, und die Frauen konnten ſehen, wo ſie bleiben. Ob dieſe ins Bordell gehen oder auf der Straße verderben, iſt dem Kriegsgewinnler und auch der Regierung gleichgültig.

Die Haltung der belgiſchen Sozialiſten

Brüſſel, 6. Mai.

Das offizielle belgiſche Telegraphenbureau meldet: Der Generalrat der Arbeiterpartei und die Gewerkſchaftskommiſſion nahmen nach langer Debatte eine Tagesordnung an, in der ſie ſich der von der Amſterdamer Konferenz feſtgelegten Politik in der Reparationsfrage **anſchließen und ſich verpflichten, dieſe Politik im Lande, im Parlament und in der Regierung zu vertreten.** Hieraus ſcheint hervorzugehen, daß die Sozialiſten, falls die Regierung ſich für eine Beteiligung an den Operationen im Ruhrgebiet entſcheiden wird, aus dem Kabinett austreten werden.

Techniker-Tagung

Bundestag der techniſchen Angeſtellten und Beamten

Der Bund der techniſchen Angeſtellten und Beamten hält gegenwärtig im Deutſchen Hof in der Luckauer Straße ſeinen zweiten ordentlichen Bundestag ab. Der Bedeutung der Tagung entſprechend, die ſich nicht nur mit organiſatoriſchen, ſondern auch mit allgemeinen volkswirtſchaftlichen Fragen beſchäftigt, haben die verſchiedenen Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden ſowie zahlreiche andere Körperſchaften, darunter die Fraktionen der USP., Vertretungen entſandt.

Nach Eröffnung der Tagung durch das Bundesvorſtandsmitglied Heinze werden, wie üblich, die verſchiedenen Begrüßungsanſprachen gehalten. In das Bureau werden als erſter Vorſitzender Elias (Annen) und als zweiter Vorſitzender Boshage (Hannover) gewählt. Die vom Bundesvorſtand vorgelegte Tagesordnung wurde nach einer Geſchäftsordnungsdebatte mit einigen Umſtellungen angenommen.

Sodann erſtattete das Bundesvorſtandsmitglied Schweitzer den Geſchäftsbericht. Einleitend gab er eine Ueberſicht über die ſchwere wirtſchaftliche Kriſe, die ſich als Folge des Krieges eingeſtellt hat. **Gerade in der Behandlung der Wiederaufbaufrage zeige ſich der ganze Widerſinn der kapitaliſtiſchen Wirtſchaft.** Während die Not der Völker ſteigt, die Arbeitsloſigkeit immer größer wird, werden in den kapitaliſtiſchen Unternehmungen größere Rieſengewinne verteilt. Die Möglichkeit hierzu iſt geſchaffen worden durch die fortſchreitende Vertruſtung der Induſtrie. Die Gewerkſchaften ſind ſo immermehr und mehr in eine Abwehrſtellung gedrängt worden. Die Schwächung der Machtſtellung der Gewerkſchaftsbewegung iſt aber auch durch die Putſch- und Zerſplitterungstaktik der Kommuniſten erzeugt worden. Eine erfreuliche Reorganiſation iſt jetzt geleiſtet worden durch das Bündnis zwiſchen A.D.G.B. und der Afa. Auch mit dem Allgemeinen Deutſchen Beamtenbund ſind Verhandlungen über den Anſchluß an dieſe gewerkſchaftliche Gemeinſchaft gepflogen worden, die hoffentlich bald ihren Abſchluß finden.

Der Klärungsprozeß, der bei dem Ausbruch der Revolution in der Angeſtelltenbewegung eingeſetzt hat, hielt auch im Berichtsjahr an. Die Verleumdungen, die von den chriſtlich-nationalen Gewerkſchaftsleitungen gegen die freie Angeſtelltenbewegung unter Benutzung des großen Preſſeapparates, der ihnen zur Verfügung ſteht, ausgeſtreut wurden, haben es nicht verhindern können, daß **die freie Angeſtelltenbewegung, beſonders auch der Bund der techniſchen Angeſtellten und Beamten** innerlich und äußerlich erſtarkt iſt. Der Redner beſprach dann eingehend die Beſtrebungen des Bundes auf dem Gebiete der ſozialen Wirtſchaftspolitik. Bei allen hier zu löſenden Fragen haben die Regierungen völlig verſagt. Dies zeigt ſich bei der Ausarbeitung des Entwurfes für das Arbeitsgeſetzbuch, beſonders deutlich aber auch bei dem jetzt vorliegenden Entwurf der Schlichtungsordnung. Eine Einſchränkung des Koalitionsrechtes bedeutet die Verordnung des Reichspräſidenten gegen Streiks in lebenswichtigen Betrieben, gegen die die Gewerkſchaften ankämpfen müſſen. Die Erwerbsloſenfürſorge hat nicht die große Not der Erwerbsloſen eindämmen können, weil von der Regierung nur Palliativmittelchen angewandt worden ſind. Der vom Reichsarbeitsminiſterium vorgelegte Entwurf für ein Arbeitsnachweisgeſetz iſt unbefriedigend. Mit größter Energie hätte die produktive Erwerbsloſenfürſorge betrieben werden müſſen. Das Betriebsrätegeſetz bietet bei allen Mängeln doch eine gewiſſe Grundlage, auf der der Kampf zwiſchen Kapital und Arbeit ausgefochten werden kann. Für das Geſetz über die Vorlage einer Betriebsbilanz gelte das gleiche.

Der Berichterſtatter beſprach dann im einzelnen die Tätigkeit des Bundesvorſtandes. Die Mitgliederbewegung iſt gut. 20 000 Neuaufnahmen ſind im Berichtsjahre erfolgt, wozu noch etwa 6000 Hoſpitanten kommen. Die Zahl der ordentlichen Mitglieder belief ſich am 31. Dezember 1920 auf 93 552. Der Rechnungsabſchluß für das Jahr 1920 bilanzierte mit 11 870 000 Mark, das Verbandsvermögen betrug am Schluß des Berichtsjahres etwa 3 Millionen Mark.

Den perſonal-techniſchen Teil des Geſchäftsberichtes erſtattete Heinze vom Bundesvorſtand. Den Bericht des Bundesausſchuſſes gab Schweisfurth aus Elberfeld, den Kaſſenbericht der Hauptkaſſierer Steinburg.

Nach ausführlicher Diskuſſion über den Geſchäftsbericht wurde folgende Entſchließung angenommen:

> Der 2. ordentliche Bundestag des Bundes der techniſchen Angeſtellten und Beamten begrüßt den Beſchluß des Allgemeinen Deutſchen Gewerkſchaftsbundes (Bundesausſchußtagung vom 23. März 1921), wonach der A.D.G.B. und der Afa-Bund unter Aufrechterhaltung der beiderſeitigen organiſatoriſchen Selbſtändigkeit einen Organiſationsvertrag **zur dauernden Gemeinſchaftsarbeit aller freigewerkſchaftlich organiſierten Kopf- und Handarbeiter abſchließen.** Der Bundestag empfiehlt dem Afa-Bund, den in der A.D.G.B.-Entſchließung vom 23. März 1921 enthaltenen Richtlinien zuzuſtimmen und die Reorganiſation des Afa-Bundes beſchleunigt durchzuführen.

Der Geſchäftsführer des Bundes, Kaufmann, hielt alsdann einen Vortrag über die **Neuordnung des Bau- und Wohnungsweſens.** Er ſchilderte das fürchterliche Wohnungselend, in dem ſich beſonders die arbeitende Bevölkerung befindet. Kaufmann zeigte dann in großzügiger Weiſe, wie die Bautätigkeit belebt werden kann. Den einzuſchlagenden Weg hat er in einer Broſchüre „Das deutſche Bauprogramm 1921—1924 (Induſtriebeamten-Verlag G. m. b. H., Berlin NW.) gezeigt, die in der „Freiheit“ ausführlich beſprochen worden iſt. Er kam zu dem Schluß, daß das geſamte Bau- und Wohnungsweſen ſozialiſiert werden müſſe. Eine im Sinne des Referats gehaltene Entſchließung wurde ohne Debatte einſtimmig angenommen.

Ueber den Ausbau der Bundesarbeit und Neuordnung der inneren Verwaltung referierte dann Luſtig-Berlin. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommiſſion wurde die Konferenz auf heute vormittag ½9 Uhr vertagt.

Die wirtſchaftlichen Verhandlungen zwiſchen Oeſterreich und der Tſchechoſlowakei ſind mit Ausnahme der finanzpolitiſchen Fragen nunmehr zu Ende geführt worden. Bei der Ein- und Ausfuhr wurde in zahlreichen Tarifklaſſen ein wechſelſeitiges weitgehendes Entgegenkommen geſichert. Die finanzpolitiſchen Verhandlungen werden in den nächſten Tagen in Wien eingeleitet werden.

Lohnkürzung in Amerika. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus New York hat die United States Steel Corporation **eine allgemeine Herabſetzung der Löhne um 20 Prozent vom 16. Mai ab angekündigt.**

Protokoll der Londoner Konferenz

Die Entſchließung, die die Alliierten Regierungen auf der Londoner Konferenz zur Wiedergutmachung gefaßt haben, iſt in dem folgenden Protokoll niedergelegt worden:

London, 5. Mai.

Die mit entſprechender Vollmacht verſehenen Unterzeichneten haben ſich auf folgende Entſchließung geeinigt:

Die Regierungen von Belgien, Frankreich, Groß-Britannien, Italien und Japan haben als die in der Reparationskommiſſion vertretenen Regierungen einſtimmig beſchloſſen, in Anwendung des § 22 der Anlage 2 zu Teil VIII des Verſailler Vertrages, die nachſtehend erwähnten Paragraphen dieſer Anlage wie folgt abzuändern; dieſe Entſcheidung ſoll den Signatarmächten des Verſailler Vertrages und der Reparationskommiſſion mitgeteilt werden:

In der Anlage 2 zu Teil VIII des Friedensvertrages werden folgende Veränderungen vorgenommen:

§ 12 a. a) unbeſchadet der Beſtimmungen des Unterparagraphen 12 c der Anlage 2 zu Teil VIII ſoll die Reparationskommiſſion ermächtigt ſein, den **Zinsfuß für Schuldverſchreibungen**, welche auf Grund von § 12 c, 1 und 2 ausgegeben worden ſind oder noch ausgegeben werden, für den Zeitraum vom 1. Mai 1921 bis zum 1. Mai 1926 von 2½ **Prozent auf 5 Prozent zu erhöhen** und Vorkehrungen für den Anfang von Amortiſationszahlungen auf ſolche Schuldverſchreibungen vom 1. Mai 1921 ab zu treffen, vorausgeſetzt, daß jeder Mehrbetrag, der zur Erhöhung des Zinsfußes und der Amortiſationszahlung erforderlich iſt, durch die Herabſetzung unter 5 Prozent hinſichtlich der Zinſen ausgeglichen wird, welche der Deutſchen Regierung nach § 16 der Anlage 2 vom 1. Mai 1921 ab hinſichtlich ihrer nicht durch Schuldverſchreibungen gedeckten Schuld zu belaſten ſind.

Die Reparationskommiſſion wird ermächtigt, von Deutſchland die

Ausgabe neuer Schuldverſchreibungen

mit 5prozentiger Verzinſung und 1prozentiger Amortiſation am 1. Mai 1921 zu verlangen, wogegen die Reparationskommiſſion ſolche Schuldverſchreibungen, die unter § 12 c, 1 und 2 bereits ausgegeben worden ſind, zurückerſtattet.

Die Reparationskommiſſion iſt ermächtigt, den Beginn der Zins- und Amortiſationszahlungen für die Geſamtheit oder einen Teil der im Austauſch mit den unter § 12 c, 1 und 2 ausgegebenen Schuldverſchreibungen ausgegebenen neuen Schuldverſchreibungen **vom 1. Mai bis zum 1. November 1921 zu verſchieben.**

Die Reparationskommiſſion iſt ermächtigt, mit der allgemeinen Ausgabe von Schuldverſchreibungen die beſondere Ausgabe von Schuldverſchreibungen mit Bezug auf **die belgiſche Schuld**, wie in Artikel 232 des Vertrages vorgeſehen, zu konſolidieren.

Die Reparationskommiſſion iſt ermächtigt, den Geſamtbetrag **der Schuldverſchreibungen in Serien mit verſchiedenen Vorzugsrechten** einzuſtellen.

b) **Die Reparationskommiſſion iſt ermächtigt, von Deutſchland** zu verlangen, daß es gewiſſe näher zu beſtimmende **Einkünfte und Werte für den Zinſendienſt entweder der Geſamtheit der Schuldverſchreibungen oder einzelner Serien verſchreibt.**

c) Die Reparationskommiſſion iſt ermächtigt, eine ſolche Verſchreibung beſonderer Einnahmen und Werte nach näherer Maßgabe der Bedingungen, der nach § 12 c auszugebenden Schuldverſchreibungen zu verlangen. Schuldverſchreibungen, bei denen eine ſolche Verſchreibung näher umſchrieben iſt, bleiben ungeachtet des Inhalts des § 12 b ein Teil der deutſchen Reparationsſchuld auch dann, wenn ſie direkt an andere Perſonen abgegeben werden als an die einzelnen Regierungen, zu deren Gunſten Deutſchlands urſprüngliche Reparationsſchuld entſtanden iſt.

d) Ein von der Reparationskommiſſion auf Grund von § 7 der Anlage 2 zu ernennendes

Garantiekomitee

iſt ermächtigt, die **Verwendung der verſchiedenen Einnahmen zu überwachen** und die Zahlungsdaten und Methoden der für den Dienſt der Schuldverſchreibungen oder anderer mit der deutſchen Schuld im Zuſammenhang ſtehender Zahlungen vorzuſchreiben.

Die von der deutſchen Regierung zu **verſchreibenden Einnahmen** ſind folgende:

1. **Die Erträgniſſe aus allen deutſchen See- und Landzöllen** und Abgaben und insbeſondere die Erträgniſſe aus allen Einfuhrabgaben.

2. **Die Erträgniſſe der 25prozentigen Abgabe vom Werte der geſamten deutſchen Ausfuhr** mit Ausnahme derjenigen, welche nach der Geſetzgebung einer der alliierten Mächte einer Abgabe von nicht weniger als 25 Prozent unterliegt.

3. Die Erträgniſſe von ſolchen **direkten oder indirekten Steuern** oder anderen Fonds, welche die Deutſche Regierung vorſchlagen kann und welche das Garantiekomitee als Ergänzung oder als Erſatz für die in Punkt 1 oder 2 näher bezeichneten Fonds annimmt. Das Garantiekomitee **ſoll nicht befugt ſein, ſich in die deutſche Verwaltung einzumiſchen.**

e) Die Reparationskommiſſion iſt ermächtigt, **die Ausgabe von Schuldverſchreibungen ohne Kupons** mit Bezug auf jeden Teil der Schuld, der zu gegebener Zeit nicht durch die nach dem abgeänderten § 12a ausgegebenen Schuldverſchreibungen gedeckt wird, zu verlangen. Die Deutſche Regierung ſoll erſucht werden, für ſolche Schuldverſchreibungen zu einem von der Reparationskommiſſion näher zu beſtimmenden ſpäteren Zeitpunkt Kupons auszugeben. Dieſer Zeitpunkt kann näher beſtimmt werden, wenn die Kommiſſion genügend überzeugt iſt, daß Deutſchland ſeine Zins- und Amortiſationsverpflichtungen erfüllen kann. Die Amortiſationszahlungen ſollen zu gleicher Zeit beginnen. Schuldverſchreibungen, für welche keine Kupons ausgegeben worden ſind, ſollen als Schulden gelten, die nicht durch Schuldverſchreibungen zum Zwecke der nach dem geänderten § 16 der Anlage II zu erfolgenden Zinsbelaſtung gedeckt ſind.

§ 19. Deutſchland ſoll auf Verlangen ſolches

Material und ſolche Arbeit

liefern, welche eine der alliierten Mächte mit vorheriger Zuſtimmung der Reparationskommiſſion zum Zwecke der Wiederherſtellung der zerſtörten Gebiete dieſer Macht oder zu dem Zwecke anfordert, eine der alliierten Mächte inſtand zu ſetzen, mit dem Wiederaufbau oder der Entwicklung ſeines induſtriellen oder wirtſchaftlichen Lebens fortzufahren. Der Wert ſolcher Material- u. a. Arbeitsleiſtung ſoll von einem ſeitens Deutſchland und einem ſeitens der beteiligten Macht ernannten Schätzer und im Nichteinigungsfalle von einem durch die Reparationskommiſſion ernannten **Schiedsrichter abgeſchätzt** werden.

Zahlungsplan, welcher die Zeit und die Art und Weiſe vorſchreibt, um die geſamte Reparationsverpflichtung Deutſchlands nach Art. 231, 232 und 233 des Vertrages von Verſailles ſicherzuſtellen und zu erledigen.

Die Reparationskommiſſion hat in Uebereinſtimmung mit Artikel 233 des Vertrages von **Verſailles die Zeit und die Art und Weiſe feſtgeſtellt, um die geſamte Reparationsverpflichtung Deutſchlands nach Art. 231, 232 und 233 des Vertrages von Verſailles ſicherzuſtellen und zu erledigen, und zwar wie folgt:** Dieſe Beſtimmung ändert nichts an der Pflicht Deutſchlands, Rücklieferungen nach Art. 238 des Vertrages zu bewirken oder an

anderen Verpflichtungen

nach dem Vertrage:

I.

Deutſchland wird in der in dieſem Plane beſtimmten Weiſe ſeine Verpflichtungen, den in Uebereinſtimmung mit Artikel 231, 232 und 233 des **Vertrages** von Verſailles **durch die Kommiſſion feſtgeſetzten Geſamtbetrag zu zahlen, erfüllen, nämlich**

132 Milliarden Goldmark abzüglich

a) **den bereits auf Reparationskonto bezahlten Betrag,**
b) **derjenigen Summen welche von Zeit zu Zeit Deutſchland hinſichtlich des Staatseigentums in den abgetretenen Gebieten uſw. gut gebracht werden können und**
c) aller der Summen, welche von anderen feindlichen oder früher feindlichen Mächten eingehen und hinſichtlich deren die Kommiſſion entſcheiden kann, daß ſie Deutſchland gutgebracht werden ſollen, zuzüglich der belgiſchen Schuld an die Alliierten.

Die Beträge dieſer Abzüge und der Zuſatzſumme ſollen durch die Kommiſſion ſpäter feſtgeſetzt werden.

II.

Deutſchland ſoll als Erſatz für die Schuldverſchreibungen, welche auf Grund des § 12 c der Anlage 2 von Teil VIII (Reparation) des Vertrages von Verſailles bereits übergeben ſind, oder noch übergeben werden müßten, die nachſtehend beſchriebenen Schuldverſchreibungen ausſtellen und übergeben:

a) Schuldverſchreibungen für einen **Betrag von 12 Milliarden Goldmark.**

Dieſe Schuldverſchreibungen ſollen bis **ſpäteſtens 1. Juli 1921** ausgeſtellt und übergeben werden. Es ſoll aus Fonds, die von Deutſchland, ſo, wie in der Vereinbarung vorgeſehen, zu beſchaffen ſind, in jedem Jahre vom 1. Mai 1921 eine jährliche **Zahlung** ſtattfinden, deren **Betrag 6 v. H.** des Nominalwertes der ausgegebenen Schuldverſchreibungen gleichkommt. Hieraus ſollen Zinſen zu 5 v. H. jährlich auf die jeweils ausſtehenden Schuldverſchreibungen jedes halbe Jahr und der Reſt für den Amortiſationsfonds zum Rückkauf der Schuldverſchreibungen durch jährliche Ausloſungen zu pari gezahlt werden.

Dieſe Schuldverſchreibungen werden hernach Schuldverſchreibungen der Serie a) genannt.

b) Schuldverſchreibungen für einen weiteren Betrag **von 38 Milliarden Goldmark.**

Dieſe Schuldverſchreibungen ſollen ſpäteſtens am 1. November 1921 ausgeſtellt und übergeben werden. Es ſoll aus Fonds, die von Deutſchland, ſo, wie in dieſer Vereinbarung vorgeſehen, zu beſchaffen ſind, in jedem Jahre vom 1. November 1921 eine jährliche Zahlung ſtattfinden, deren Betrag **6 v. H.** des Nominalwertes der ausgegebenen Schuldverſchreibungen **gleichkommt.** Hieraus ſollen Zinſen zu 5 v. H. jährlich auf die jeweils ausſtehenden Schuldverſchreibungen jedes halbe Jahr und der Reſt für den Amortiſationsfond zum Rückkauf der Schuldverſchreibungen durch jährliche Ausloſung zu pari gezahlt werden.

Dieſe Schuldverſchreibungen werden hernach **Schuldverſchreibungen der Serie b) genannt.**

c) Schuldverſchreibungen **für 82 Milliarden Goldmark** vorbehaltlich ſpäterer Richtigſtellung (des Betrages) durch weitere Ausſtellung oder Einziehung von Schuldverſchreibungen nach Maßgabe des § 1.

Dieſe Schuldverſchreibungen ſollen ſpäteſtens bis zum 1. November 1921 ausgeſtellt und der Reparationskommiſſion ohne anhängende Kupons übergeben werden. Sie ſollen von der Kommiſſion ausgegeben werden, ſobald ſie überzeugt iſt, daß die von Deutſchland im Verfolg dieſer Abmachung übernommenen Zahlungen ausreichen, um für die Bezahlung von Zinſen und Amortiſation dieſer Schuldverſchreibungen zu dienen.

Es ſoll aus Fonds, die von Deutſchland, ſo, wie in dieſer Vereinbarung vorgeſehen, zu beſchaffen ſind, in jedem Jahre vom Tage der Ausgabe durch die Reparationskommiſſion eine jährliche Zahlung ſtattfinden, deren Betrag 6 v. H. des Nominalwertes der ausgegebenen Schuldverſchreibungen gleichkommt. Hieraus ſollen Zinſen zu 5 v. H. jährlich auf die jeweils ausſtehenden Schuldverſchreibungen jedes halbe Jahr und der Reſt für den Amortiſationsfonds zum Rückkauf der Schuldverſchreibungen durch jährliche Ausloſungen zu pari gezahlt werden.

Die Deutſche Regierung ſoll der **Kommiſſion Kupons für dieſe** Schuldverſchreibungen liefern, ſobald ſie durch die **Kommiſſion ausgegeben worden ſind.**

Dieſe Schuldverſchreibungen **werden hiernach Schuldverſchreibungen der Serie c) genannt.**

III.

Die in Artikel II vorgeſehenen

Schuldverſchreibungen

ſollen von der deutſchen Regierung unterſchriebene Schuldverſchreibungen auf den Inhaber in ſolcher Form und in ſolchen Stücken ſein, wie die Reparationskommiſſion vorſchreiben wird, um ſie marktfähig zu machen, und ſollen **von allen deutſchen Steuern und Laſten jeder Art jetzt oder in Zukunft frei ſein.** Gemäß den Beſtimmungen der Artikel 248 und 251 des Vertrages von Verſailles ſollen dieſe Schuldverſchreibungen durch die **geſamten Beſitztümer und Einnahmen** des Deutſchen Reiches und der deutſchen Staaten und insbeſondere durch die in Artikel 7 der Vereinbarung angegebenen beſonderen Beſitztümer und Einnahmen **geſichert ſein.** Der Dienſt der Schuldverſchreibungen der Serien a, b und c ſoll eine erſte bzw. zweite, bzw. dritte Laſt auf den genannten Beſitztümern und Einnahmen ſein und durch die von Deutſchland nach dieſem Plane zu bewirkenden Zahlungen abgegolten werden.

IV.

Deutſchland ſoll jedes Jahr bis zu dem in Art. II vorgeſehenen Rückkauf der Schuldverſchreibungen aus den zugehörigen Amortiſationsfonds bezahlen:

1. **eine Summe von 2 Milliarden Goldmark;**
2. a) **eine Summe, welche 25 v. H. des Wertes ſeiner Ausfuhr** in jedem Zeitraum von 12 Monaten nach dem 1. Mai 1921, ſo wie von der **Kommiſſion** feſtgeſetzt, entſpricht, oder
   b) **wahlweiſe einen entſprechenden Betrag, ſo wie er in** Uebereinſtimmung mit jedem andern von Deutſchland vorgeſchlagenen und von der Kommiſſion angenommenen Index feſtgeſetzt werden würde.
3. **Eine weitere Summe entſprechend 1 v. H. des Wertes ſeiner** Ausfuhr wie oben beſtimmt oder wahlweiſe einen entſprechend der Vorſchrift in b) oben feſtgeſetzten Betrag,

immer unter der Vorausſetzung, daß, wenn Deutſchland alle ſeine Verpflichtungen nach dem Plane mit Ausnahme ſeiner Verbindlichkeit hinſichtlich der ausſtehenden Schuldverſchreibungen erledigt hat, der in jedem Jahre nach dieſem Paragraphen zu zahlende Betrag ſich auf den Betrag vermindern wird, welcher in dem Jahr erforderlich iſt, um die Zinſen und die Amortiſation auf die dann ausſtehenden Schuldverſchreibungen zu zahlen.

Vorbehaltlich der Beſtimmungen des Artikels V ſoll die nach § 1 oben zu bewirkende Zahlung vierteljährlich vor dem Ende jedes Quartals, d. h. vor dem 15. Januar, 15. April, 15. Juli und 15. Oktober jedes Jahres erfolgen und die Zahlungen hinſichtlich der §§ 2 und 3 oben ſollen vierteljährlich am 15. November, 15. Februar, 15. Mai und 15. Auguſt bewirkt und auf der Baſis der Ausfuhr im vorletzten vorausgehenden Quartal berechnet werden, wobei die erſte Zahlung am 15. November 1921 ſtattfinden ſoll.

V.

Deutſchland wird innerhalb von 25 Tagen von dieſer Benachrichtigung an

eine Milliarde Goldmark

in Gold oder anerkannten Deviſen oder in deutſchen Schatzanweiſungen mit drei Monate Laufzeit, die das Indoſſament anerkannter deutſcher Banken tragen und in London, Paris, New York oder jedem andern von der Reparationskommiſſion bezeichneten Platze zahlbar ſind. Dieſe Zahlungen werden als die beiden erſten Vierteljahresraten **der in Artikel IV § 1 vorgeſehenen Zahlungen behandelt werden.**

VI.

Die Kommiſſion wird innerhalb von 25 Tagen von dieſer Notifikation an in Uebereinſtimmung mit dem § 12d des Anhangs II des Vertrages, ſo wie er abgeändert iſt, die beſondere Unterkommiſſion einrichten, welche

Garantiekomitee

genannt werden ſoll.

Das Garantiekomitee wird aus Vertretern der jetzt in der Reparationskommiſſion vertretenen alliierten Mächte beſtehen, **einſchließlich eines Vertreters der Vereinigten Staaten von Amerika**, falls dieſe Regierung den Wunſch hat, das Mitglied zu ernennen.

Das Komitee ſoll nicht mehr als 3 Vertreter von Staatsangehörigen anderer Mächte kooptieren, ſobald die Kommiſſion der Anſicht iſt, daß ein ausreichender Teil der nach dieſer Vereinbarung auszugebenden Schuldverſchreibungen, welcher ihre Vertretung bei dem Garantiekomitee rechtfertigt, im Beſitze von Staatsangehörigen ſolcher Mächte iſt.

VII.

Das Garantiekomitee wird mit der Obliegenheit **beauftragt, die Anwendung der Artikel 241 und 248 des Vertrages von Verſailles ſicherzuſtellen.**

Es ſoll die Verwendung der von Deutſchland als Sicherheit für die von ihm nach § 4 zu bewirkenden Zahlungen verſchriebenen Fonds für den Dienſt der in Artikel 2 vorgeſehenen Schuldverſchreibungen überwachen. Die ſo verſchriebenen Fonds ſollen ſein:

a) die Einnahmen aller deutſchen See- und Landzölle und Abgaben und insbeſondere die Erträgniſſe aller Einfuhr- und Ausfuhrabgaben;
b) die Erträgniſſe der Abgabe von 25 vom Hundert auf den Wert aller Ausfuhr, auf welche eine Abgabe nicht unter 25 vom Hundert auf Grund der in Artikel IX in Bezug genommenen Geſetzgebung Anwendung findet;
c) die Erträgniſſe ſolcher direkter oder indirekter Steuern oder irgendwelcher anderer Fonds, welche die Deutſche Regierung vorſchlagen kann und welche von dem Garantiekomitee in Ergänzung oder als Erſatz der unter a) oder b) oben angeführten Fonds angenommen werden.

Die verſchriebenen Fonds ſollen in Gold oder in von dem Komitee gebilligter fremder Währung auf Konten eingezahlt werden welche auf den Namen des Komitees eröffnet und von ihm überwacht werden ſollen.

Der Gegenwert der in § b genannten Abgabe von 25 v. H. ſoll in deutſcher Währung von der deutſchen Regierung an den Exporteur bezahlt werden.

Die deutſche Regierung ſoll dem Garantiekomitee jede beabſichtigte Handlung mitteilen, welche dazu führen könnte, die Erträgniſſe irgendeines der verſchriebenen Fonds zu vermindern, und ſoll, wenn das Komitee es fordert, irgendwelche andere anerkannte Fonds zum Erſatz geben.

Das Garantiekomitee ſoll weiter mit der Obliegenheit beauftragt werden, für die Kommiſſion die in § 12b des Anhangs II zu Teil VIII des Vertrages von Verſailles vorgeſehene Prüfung zu leiten und für die genannte Kommiſſion den von der deutſchen Regierung angegebenen Betrag des Werts der deutſchen Ausfuhr zwecks Berechnung der in jedem Jahre nach Artikel VI (2) zahlbaren Summe und die Beträge der unter dieſem Artikel für den Dienſt der Schuldverſchreibungen beſtimmten Fonds zu beſtätigen und nötigenfalls richtig zu ſtellen.

Das Komitee ſoll berechtigt ſein, ſolche Maßnahmen zu ergreifen, welche es zur zweckmäßigen Erledigung ſeiner Aufgabe für notwendig erachtet. Das Garantiekomitee iſt nicht ermächtigt, ſich in die deutſche Verwaltung einzumiſchen.

VIII.

Deutſchland ſoll auf Verlangen vorbehaltlich der vorherigen Zuſtimmung der Kommiſſion

ſolches Material und ſolche Arbeit

beſchaffen, wie ſie jede der alliierten Mächte zwecks der Wiederherſtellung der zerſtörten Gebiete für den Fortgang der Wiederherſtellung oder die Entwicklung ihres induſtriellen oder wirtſchaftlichen Lebens bedarf.

Der Wert ſolchen Materials und ſolcher Arbeit ſoll durch einen von Deutſchland und einem von der beteiligten Macht ernannten Schätzer und mangels einer Vereinbarung durch einen von der Kommiſſion ernannten Schiedsrichter beſtimmt werden. Dieſe Beſtimmung hinſichtlich der Abſchätzung findet auf Lieferungen nach den Anlagen III, IV, V und VI zu Teil VIII des Vertrages keine Anwendung.

IX.

Deutſchland ſoll jede notwendige Maßnahme geſetzgeberiſcher oder verwaltungsmäßiger Tätigkeit ergreifen, um die Handhabung des im Vereinigten Königreich in Kraft befindlichen Geſetzes von 1921 über deutſche Reparationen (Wiederherſtellung) oder jeder ähnlichen von irgendeiner Macht in Kraft geſetzten Geſetzgebung zu erleichtern, ſolange wie eine ſolche Geſetzgebung in Kraft bleibt.

Die durch die Handhabung einer derartigen Geſetzgebung bewirkten Zahlungen ſollen Deutſchland in Anrechnung auf die von ihm nach Artikel IV (2) zu bewirkenden Zahlungen gutgebracht werden.

Der Gegenwert in deutſcher Währung ſoll von der deutſchen Regierung dem Exporteur bezahlt werden.

X.

Zahlung für alle geleiſteten Dienſte, für alle Sachlieferungen und für alle Einnahmen nach Artikel IX ſoll der Reparationskommiſſion durch die alliierte Macht, welche dieſelben erhalten hat, in bar oder marktgängigen Kupons innerhalb eines Monats nach Empfang geleiſtet und Deutſchland auf die von ihm nach Art. IV, zu leiſtenden Zahlungen gutgebracht werden.

XI.

Die nach Artikel IV (3) zahlbare Summe und die nach Artikel IV (1 und 2) in jedem Jahre für die Bezahlung von Zinſen und Amortiſation auf in dem Jahre fällige Schuldverſchreibungen von der Kommiſſion nicht benötigten überſchießenden Eingänge ſollen angeſammelt und ſoweit als ſie reichen zu den von der Kommiſſion als zweckmäßig erachteten Zeiten dafür verwandt werden, auf die durch jeweilige ausgegebene Bons nicht gedeckte Schuld einfache Zinſen, nicht über 2,5 vom Hundert jährlich für die Zeit vom 1. Mai 1921 bis 1. Mai 1926, und danach zu einem 5 vom Hundert nicht überſteigenden Satze zu zahlen. Auf andere Weiſe ſollen darauf keine Zinſen zahlbar ſein.

XII.

Der gegenwärtige Plan ändert nichts an den Beſtimmungen, welche die Ausführung des Vertrages von Verſailles ſichern und welche auf die Beſtimmungen des gegenwärtigen Planes anwendbar ſind.

5. Mai 1921.

Kleine Nachrichten

Der Rechtsausſchuß des preußiſchen Landtages beriet in ſeiner letzten Sitzung über die kommuniſtiſchen Anträge auf Aufhebung des Ausnahmezuſtandes und Beſeitigung der Ausnahmegerichte ſowie über den Antrag Gierding (Soz.) über die Sondergerichte und ihre Zuſtändigkeit. Die Mehrheit des Ausſchuſſes lehnte die Anträge ab und beſchloß, dem Landtage die Annahme einer Entſchließung anzuempfehlen, bei der Reichsregierung dahin vorſtellig zu werden, daß bei der demnächſtigen Reform der Strafgerichtsverfaſſung und des Strafverfahrens die Zuſtändigkeit der im Falle des Ausnahmezuſtandes zu errichtenden außerordentlichen Gerichtes und das Verfahren vor denſelben einheitlich geregelt werden. — Der Hauptausſchuß begann die Beratung des Geſetzentwurfes über den Staatsvertrag betr. den Uebergang der Waſſerſtraßen von den Ländern auf das Reich.

Vier Millionen Arbeitsloſe in England. [illegible] hatte England in der vorigen Woche 1 86[illegible] [illegible] der allgemeinen Induſtrie und 1 074 682 Arbeiter mit teilweiſer Beſchäftigung und 1 100 000 Arbeitsloſe der Bergwerksinduſtrie infolge Streiks, zuſammen alſo 4 040 482 Arbeiter ohne oder mit halber Beſchäftigung.

Herren-Anzüge und Schlüpfer in höchster Vollendung

Straßen-Anzüge aus guten genoppten Stoffen
550.– 595.– 650.– 695.– 750.– 950.–
Blaue Anzüge aus prima Stoffen 425.– 550.– 675.– 850.– 950.– 1075.–
Schlüpfer 595.– 650.– 695.– 750.– 810.– 950 –

M. Schulmeister
Herren- u. Knaben-Kleidung
Schutzmarke

Fabrikat **M. Schulmeister**
Berlin SO. 26 ◆ **Kottbuser Tor**

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 Uhr: Das Poſtamt
Die Komödie der Irrungen

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7 Uhr: **Roſe Bernd**

Staatstheater.
Opernhaus
7½ Uhr: Violetta
Schauſpielhaus
6½ Uhr: Peer Gynt

Direktion: Max Reinhardt.
Deutſches Theater
7½: Pottaſch u. Perlmutter
Kammerſpiele
7½ Uhr: Mesalliance
Großes Schauſpielhaus
Karlſtraße
7 U.: Ein Sommernachtstraum
(Außer Abonnement)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
Täglich 7.30 Uhr: Das Luſtſpiel:
Rugby
Komödienhaus:
Die Sache mit Lola
7.30 Uhr mit Max Pallenberg
Berliner Theater:
Das Milliarden-Souper
7.30 Uhr: Hilde Wörner, Liſchi Gleſt, Ralph Arthur Roberts, Herb. Kiper, Paul Rehkopf

Reſidenz-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Das Privileg
(Paul Wegener, Lucie Höflich, Ilka Grüning, Ad. Edgar Licho)
Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
Lady Windermeres Fächer

Trianon-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Roſen
von Hermann Sudermann
(Olga Limburg, Carola Toelle, Käthe Haack, Falkenſtein, Valentin, Schroth, Bendow)
Sonntag nachm. 4 Uhr: Roſen

Kleines Theater
7½ Uhr: **Nur ein Traum**
Luſtſpiel von Lothar Schmidt.
(Olga Limburg, Eugen Burg)
Sng. nachm. 4: Caſanovas Sohn

Thalia-Theater
7½ Uhr: **Maſcottchen**

⅛8 **Folies Caprice** ⅛8
am Oranienburger Tor
Am Badeſtrand
mit Ferd. Grünecker

A. Wertheim
und der
Circus Buſch
Die Direktion des Circus Buſch hat dem beſteingeführten Vorverkaufsbetrieb der Wertheim-Theaterkaſſen den Circus Buſch-Billet-Vorverkauf übertragen. Es iſt ſo jedem Gelegenheit gegeben, in angenehmſter Form ſich Circus Buſch-Billets zu beſorgen

Leſſing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
Heute bis Montag
7½ Uhr: **Geſpenſter**
Loſſen, Reigbert, Abel, Götz, Loos

Deutſch. Künſtl.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die ſelige Exzellenz
(Adalbert, Junkermann, Büller)

Komiſche Oper
Täglich 7½ Uhr: **Alt-Heidelberg**
Oper von Pachierotti

Theater am Nollendorfplatz
7 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Roſe-Theater
7½ Uhr:
Nur nicht drängeln

Walhalla-Theater
7½ Uhr:
Die Scheidungsreiſe

⅛8 **Caſino-Theater** ⅛8
Bollrich & Sohn
Sng. 3½ Uhr: Höllenqualen

7½ **Apollotheater** 7½
Friedrichſtraße 218
Naturaliſtiſche Neuheit
Im Reiche der Venus
und weitere 10 Senſationen.

Theater a. Kottbus. Tor
Kottbuſer Straße 6.
Täglich 7½ Uhr und zu halben Preiſen Sonntags nachm. 3 Uhr

Elite-Sänger
Neues Programm!
Vorverk. 11–1½ und 4–6 Uhr.

Reſidenz-Kaſino
Blumenſtraße 10
Täglich:
Großer
Witwenball

METROPOL
VARIETÉ-KABARETT

Behrenſtraße 54.
tägl. 7½ Uhr:
12 Mai-Attraktionen

CIRCUS BUSCH
Tägl. 7, Sonnt. auch 3 Uhr d. neue circenſ. Spielplan:
Das denkende Pferd.
„Der kluge Hans“
Der Jiu-Jitsu-Meiſter
Z. Schluß: Manegeſchauſtück
Krone und Feſſel
m. Joh. Riemann i. d. Hauptr.
Vorverkauf Wertheim und Cirkuscaffe.

Luna-Park
Halensee

Dienstag **VOLKSTAG** · Donnerstag **ELITE-TAG**

Serpentinenbahn · Eiserner See · Intern. Radrennen · Juxtreppe
47 aufsehenerregende **Attraktionen** **47**

Drahtseilakt am See · John Hagenbecks Raubtierschau

LUNA-PALAIS
Orig. Jazz-Band

Grosses Brillant-Feuerwerk
jed. Sonntag, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend

Wanderkarten
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandl. „Freiheit“, Breite Str. 8-9

Gebrüder Bendel
Schönhauſer Allee 146

Einmaliges Reklameangebot!

Feuerzeuge	0.50–3.50
Thermosflaſchen	14.00
Batterien	2.50
Taſchenlampen komplett	7.50
Gasanzünder	1.30

Ferner: Karbidlampen, Elektriſche Artikel uſw.
10 % Rabatt

Damenmäntel
Einzelverkauf zu Engros-Preiſen!
Eigene Herſtellung / Kein Zwiſchenhandel
Nur beſte Verarbeitung
Covercoat-Paletots imprägniert **250-425**
Niederwallſtraße 22, Hof, parterre rechts

Für
10 Mark
wöchentl. erhalten Sie bei kleinſter Anzahlg.
einzelne **Möbel** jed. Art
Gardinen / Bettwäſche
Zorndorfer Straße 54 **Barthel** Zorndorfer Straße 54

Auf Teilzahlung!
Anzüge
für Herren u. Burschen
fertig und nach Maß
Prima Verarbeitung.
Stolzmann
Belle Alliancestr. 100

Bilder, Kunſtblätter, Wandſchmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9

Raſche Hilfe bei qualvollem, beſonders nachts unerträglich peinigendem

Hautjucken

bringt der ſicher wirkende „Grindabalſam“, der auch in hartnäckigſten Fällen bewährt iſt. M. 15.—. Zur gleichzeitigen innerlichen Kur Saltarin-Blutreinigungspulv. Sch. M. 4,50, ſämtliche 3 Sch. M. 13.—. Otto Reichel, Berlin 46, Eiſenbahnſtr. 4

Möbel
zu bedeutend herabgeſetzten Preiſen.
Bar- od. Teilzahlung
bei kleinſter An- und Abzahlung.
Kulanteſte Bedingungen.
Bürgl. Wohnungseinrichtgn
Schlafzimmer, Wohnzimmer, Herrenzimmer, Speiſezimmer
Bunte Küchen
Einzelne Möbel
Liefere auch n. auswärts
Lagerung koſtenlos
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. v. Alexanderpl.
Filiale: Badſtr. 47-48.
5 Min. v. Bhf. Geſundbr.

Zeißfeldſtecher
6- und 8fach, kauft ſtändig.
M. Stockelmann,
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135
(Lützow 9289).

Auf
Teilzahlung
Herren-Garderobe
in guter moderner
— Ausführung —
Gebr. Weber
Kaiserstr 28 a, I. Etage

U. S. P. Bergfelde

Unſeren Mitgliedern zur Nachricht, daß unſere Genoſſin

Emilie Henrichsen

verſtorben iſt.

Die Einäſcherung findet am Sonnabend, den 7. Mai 1921, nachmittags 12½ Uhr, im Krematorium, Berlin, Gerichtſtraße, ſtatt.

Zahlreiches Erſcheinen erwartet

Der Vorſtand.

Erich Fuhrmann
Spezialgeschäft für Trauringe
Gotzkowsky-Str. 13

empfiehlt sich

allen Brautleuten
Preisliste kostenlos

Ich liefere in Qualität und Preis einzig dastehend fugenlose
Trauringe
Duk.-Trauring 900 gest. 150 M an
Trauring 585 gestemp. 95 M an
Trauring 333 gestemp 50 M an
Garantieschein für gesetzl. Goldgehalt.
Man vergleiche Gewicht und Preis mit den Preisen der Konkurrenz

Ankauf von **Gold-, Silber-, Platinbruch**
infolge Selbstverwertung zu denkbar günstigen Preisen
Telephon: Amt Moabit Nr 9354

Garderoben
für Herren und Damen wie Anzüge, Cutaways, Koſtüme, Mäntel uſw. auf
Teilzahlung
Grebler, Weinbergsweg 4

Dringend gesucht
Kupfer — Meſſing
Blei / Zink / Eiſen
Badstrasse 34 (I. Hof)

Monats-Anzüge
Covercoats, Paletots, Raglans, Cutaways, Hoſen
Verkauf zu enorm billigen Preiſen. Auswahl wie in Friedenszeit. Keine Lombardware.
Brunnenſtr. 5 I. Am Roſenth. Tor. **Leihhaus** Brunnenſtr. 5 I. Am Roſenth. Tor.
Ankauf und Beleihung jeder Wertſache.

Wieder eröffnet
Sämtliche Metalle, Weißlager, Zinn, Queckſilber
Brunnenſtr. 72.

Kupfer, Meſſing
Blei, Zink uſw.
Eiſen, jeden Poſten.
Metallhandlg. Bankſtr. 13
Nähe Badſtraße.

Bartflechte

Ihr „Paraſan“ hat wunderbar geholfen, drei Oberſtabsärzte nacheinand. haben wochenlang ihre Kunſt umſonſt verſ., jahrelang habe ich alle ärztl. Mittel ohne Erfolg angewandt. Ihr Paraſan brachte mir völlige Heilung. Lehrer H. R., Br. So wurden ſchon Tauſende befreit. 4.60. Otto Reichel Berlin 46 SO. Eiſenbahnſtr. 4.

Altmetalle
ſtändig geſucht
Schönhauſer Allee 80 (am Ringbhf.) / Tel.: Humboldt 2308

Wo-Ta-Ze

Möbl. Zimmer
Wohnungen
mietet, vermietet
Wohnungstauſch-Zentrale, Alexanderſtr. 44. Königſtadt 1300). Filial. Mariannenpl. 7, Wartburgſtraße 13, Augsburger Str. 67, Charl.: Fritſcheſtr. 29 a.

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jackett-Anzüge Cutaways, Ulster teils auf Seide, früher bis 1200 Mk. jetzt für 400–500 Mk. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, enorm billig! Nach beendeter Saison 50% herabgesetzt. Kreuzfüchse, Zobel-, Blau-, Weiß-, Silberfüchse. Keine Lombardwaren.

Wichtig für jeden Steuerpflichtigen

Das neue Reichseinkommenſteuergeſetz

mit Einleitung und Erläuterungen, Muſterberechnungen, Sachregiſter, Einkommenſteuer-Tabelle
für
Arbeiter, Angeſtellte u. Gewerbetreibende
Von **Eugen Prager** / **Preis 4.00 Mk.**

Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit“ / Berlin C 2 / Breite Straße 8-9
Auch durch alle Filialen der „Freiheit“

Deutſcher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsſtelle Berlin N. 54, Linienſtr. 83-85
Geſchäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 8. Mai 1921, vormittags 9½ Uhr

Branchen-Verſammlung der Hilfsarbeiter

in der Schulaula, Weinmeiſterſtraße 16/17

Tagesordnung:

1. Bericht.
2. Neuwahl der Branchenkommiſſion.
3. Verſchiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Sonntag, den 8. Mai 1921, vormittags 9½ Uhr

Verſammlung der Keſſelſchmiede und Helfer ſowie der dazu gehörenden Berufe

in Feibels Feſtſälen, Colberger Straße 23.

Tagesordnung:
Fortſetzung der Tagesordnung vom 24. April d. J.

Kollegen! Da wichtige Branchenangelegenheiten zu erledigen und weitgehende Beſchlüſſe zu faſſen ſind, werden insbeſondere die Helfer der drei Lokomotivfabriken zu dieſer Verſammlung geladen.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anſtreicher uſw., Filiale Berlin

Sonntag, den 8. Mai 1921, vormittags 10–1 Uhr

Urwahl

der Delegierten zur Generalverſammlung in Frankfurt a. M. in folgenden Lokalen:

N., Swinemünder Straße 86
NO., Winsſtraße 12
O., Große Frankfurter Straße 17
SO., Skalitzer Straße 51/52
SW., Lankwitzſtraße 5
W., Steinmetzſtraße 38 a
NW., Stephanſtraße 31
Wedding: Malplaquetſtraße 7
Geſundbrunnen: Prinzen-Allee 88
Weißenſee: Friedrichſtraße 37
Lichtenberg: Scharnweberſtraße 60
Neukölln: Prinz Handjery Straße 3
Tempelhof: Mariendorf, Chauſſeeſtraße 27
Wilmersdorf: Pfalzburger Straße 55
Charlottenburg: Krummeſtraße 86
Steglitz: Düppelſtraße 7
Gr.-Lichterfelde: Hindenburgdamm 55
Zehlendorf: Potsdamer Chauſſee, Reſt. Mickel
Karlshorſt: Oberſchöneweide, Siemensſtraße, Ecke Deulſtraße
Köpenick: Roſenſtraße 10
Friedrichshagen: Scharnweberſtraße, Ecke Kaſtanien-Allee
Adlershof: Helbigſtraße bei Kaul

Um rege Beteiligung erſucht

Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Ortskrankenkaſſe für Berlin-Mariendorf u. Umgegend

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 97 der Satzung ſind für die Wahlperiode bis 31. Dezember 1923 zu wählen:

15 Arbeitgebervertreter und 30 Erſatzmänner,
30 Verſichertenvertreter und 60 Erſatzmänner.

Die Arbeitgeber wählen am Montag, den 20. Juni 1921, von nachmittags 1 bis 7 Uhr im Kaſſenlokal, Mariendorf, Chauſſeeſtraße 30, die Verſicherten wählen am Dienstag, den 21. Juni 1921, von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags, im Speiſeſaal auf dem Fabrikgrundſtück der Firma Daimler Motoren-Geſellſchaft in Berlin-Marienfelde und im Reſtaurant „Alter Gaſthof“ in Berlin-Mariendorf, Dorfſtraße 1.

Die Wahlberechtigten werden hiermit aufgefordert, Wahlvorſchläge, geſondert für Arbeitgeber und Verſicherte, bis ſpäteſtens den 22. Mai 1921 dem Kaſſenvorſtand einzureichen. Die Wahlvorſchläge der Arbeitgeber müſſen von mindeſtens 10 Wahlberechtigten mit zuſammen 30 Stimmen, die Wahlvorſchläge der Verſicherten von mindeſtens 30 Wahlberechtigten unterzeichnet ſein. Die Stimmabgabe iſt an dieſe Wahlvorſchläge gebunden.

Die aus den eingereichten Wahlvorſchlägen ſich ergebenden Anſtände müſſen bis zum 5. Juni d. Js. beſeitigt ſein.

Die Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichniſſe können werktäglich von 8 bis 1 Uhr im Kaſſenlokal eingeſehen werden. Einſprüche gegen die Richtigkeit ſind bis ſpäteſtens den 22. Mai d. Js. beim Kaſſenvorſtand einzulegen. Die Wahlvorſchläge liegen vom gleichen Tage ab von 8 bis 1 Uhr im Kaſſenlokal zur Einſicht aus.

Auf die einſchlägigen Beſtimmungen der Satzung und Wahlordnung wird beſonders hingewieſen.

Der Wahlausſchuß iſt befugt, die Wahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers zu prüfen und wird daher die rechtzeitige Beſchaffung eines Ausweiſes empfohlen.

Berlin-Mariendorf, den 4. Mai 1921.

Der Kaſſenvorſtand:
Aug. Leip, Vorſitzender. Baechler, Schriftführer.

Alle Metalle Preiserhöhung!
Zinn! Lötzinn! Weißmetall! Blei! Dringend für Spezialgebrauch! Kupfer! Rotguß! Meſſing! Nickel! — Aluminium! Zink! — Staniolpapier! **Glühſtrumpfaſche** bis M. 160.–
Zahngebiſſe! Zahn bis M. 100.– Platinabfälle! Gold- u. Silberbruch! gold- u. ſilberhaltige Rückſtände! Queckſilber! — ſalpeterſ. Silber! —
kauft zu Tageskurſen:
Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberſtraße 31

100-g-Tafel 3.30
Block und Tafel in Creme, Nuß, Kokosnuß, Schmelz und Vollmilch, 50 u. 100 g
Schokoladenplätzchen / und Stangen /
Schneider, Rodenbergstr. 9

Glühlampen
Halbwattlampen und ſämtl. Electro-Inſtall.-Material
kauft
Schröder, Bernauer Str. 101,
Fabrikgeb. III.

Alexander Stein
Agrarfrage und Sozialismus

Aus dem Inhalt:
Die politiſche Situation / Der wirtſchaftliche Gegenſatz zwiſchen Stadt und Land / Die Klaſſenſcheidung auf dem Lande / Die Agrarfrage und die Parteien / Die Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie

Preis 2.50 Mark

Organiſationen Preisermäßigung

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2,
Breite Straße 8-9

Groß-Berlin

Maifeſt der Jugend

Leider war der Tag, an dem die Naturfreunde ihr Maienfeſt feiern wollten, durch das Wetter verdorben. Nun ergeht aber noch einmal der Ruf an die Arbeiterſchaft, ein Maienfeſt in freier Natur mitzufeiern. Der Ruf kommt von der Sozialiſtiſchen Proletarierjugend Groß-Berlins, die am Sonntag, den 8. Mai, ihre Maifeier veranſtaltet. Wie die Naturfreunde, ſo ſtrebt auch die Proletarierjugend danach, die Feſte der Arbeiterſchaft in neuem Rahmen und mit neuem Inhalt zu begehen, abzuſtreifen alle Ueberlieferungen des ſpießbürgerlichen „gemütlichen Beiſammenſeins". Sie ladet die erwachſene Arbeiterſchaft herzlich ein, dies Feſt mit der Jugend zu begehen, ſelbſt noch einmal jung zu ſein mit der Jugend, die ſpäter als Kämpfer in die Reihen der Arbeiterſchaft treten will.

Das Maifeſt findet im „Alten Freund" in Pichelsberge ſtatt und beginnt nachmittags 2 Uhr. Die Feier beſteht aus Muſikvorträgen, Geſängen des Chores der Jugend, Reigentänzen, Anſprache und Rezitationen.

Die einzelnen Bezirke der Jugendlichen treffen ſich wie folgt: **Oſten:** 7 Uhr Schleſiſcher Bahnhof (Koppen- Ecke Madaiſtr.); **Weſten:** 7 und 11 Uhr Hochbahnhof Bülowſtr.; **Geſundbrunnen und Norden:** 5 und 7 Uhr Bahnhof Geſundbrunnen; **Neukölln:** 7 Uhr Bahnhof Hermannſtr.; **Adlershof:** 7 und 12 Uhr Hauptbahnhof; **Lichtenberg:** 9 Uhr bei Seipke, Scharnweber- Ecke Kronprinzenſtr.; **Moabit:** ¾8 Uhr Bahnhof Bellevue.

Die erwachſenen Genoſſen werden in der Zeit von 1 bis 2 Uhr vom Bahnhof Pichelsberge abgeholt. (Bei Regenwetter findet das Maifeſt am 22. Mai an derſelben Stelle ſtatt.)

Der Widerſtand der Privatſchulen

Der Berliner Magiſtrat hat am 15. April durch Beſchluß verfügt, daß die Privatſchulen den ſtädtiſchen Zuſchuß für die Teuerungszulagen an die Lehrkräfte nur dann erhalten, wenn ſie bereits in dieſem Jahre mit dem Abbau der Vorſchule beginnen. Gegen dieſe Verfügung wenden ſich einzelne Privatſchulen und bürgerliche Kreiſe. Eine bürgerliche Korreſpondenz, die ſich zum Sprachrohr dieſer Oppoſition macht, behauptet, daß die Verfügung des Magiſtrats im Widerſpruch ſtehe mit der des Unterrichtsminiſters, der den Privatſchulen zur Auflöſung der Vorſchulklaſſen bis zum Schuljahr 1929/30 Zeit gibt.

Das iſt ganz richtig: denn die Verfügung des Unterrichtsminiſters iſt nur eine Rahmenverordnung für alle Privatſchulen. Die Verfügung des Magiſtrats dagegen betrifft nur diejenigen Privatſchulen, die durch ſtädtiſche Subvention erhalten werden. Dieſe Schulen müſſen ſich ſchon gefallen laſſen, daß der Magiſtrat ihnen nicht Einnahmen aus dem Stadtſäckel zukommen läßt, damit ſie ein Hindernis auf dem Wege zur Einheitsſchule bilden. Die bürgerlichen Herrſchaften ſind ja ſonſt auch nicht dafür zu haben, daß die Stadt durch ihre Mittel etwa Beſtrebungen unterſtützt, die ſich gegen ihre eigenen Abſichten richten!

Die Durchführung der Magiſtratsverordnung hat aber noch eine ſoziale Seite, nämlich die mögliche Entlaſſung einzelner Lehrkräfte. Bei dieſem Punkte entdecken die Bürgerlichen plötzlich ihr ſozial empfindendes Herz und die erwähnte Korreſpondenz findet die ergreifendſten Töne:

„Ohne jede ſoziale Rückſicht, nur um ein Schuldogma durchzuführen, werden ſo und ſo viel Lehrkräfte brotlos gemacht. Die Folge wird dann auch ſein, daß die Privatſchulen, da ſie aus eigenen Mitteln die Klaſſen nicht halten können, die Kinder der Vorſchulen aus der Schule auf die Straße ſchicken müſſen . . . . . . Von irgendwelchem ſozialen Empfinden iſt dieſe Schulpolitik himmelweit entfernt; ſie ſteht auch ſchlecht in Einklang mit den „idealiſtiſchen" Schulplänen und -reden des Herrn Stadtſchulrats Paulſen. Wir hoffen, daß der neue preußiſche Unterrichtsminiſter die Berliner Schulverwaltung eines Beſſeren belehren wird. Und auch die Bezirke, die von dem unſozialen Beſchluß des Magiſtrats betroffen werden, ſollten ſich gegen dieſen neuen Auswuchs der zentraliſtiſch-bureaukratiſchen Stadtregierung mit allen Kräften zur Wehr ſetzen."

Alles unrichtig. Demſelben Bürgertum, das ſich um die ſoziale Lage der arbeitenden Klaſſe ſehr wenig kümmert, ſteht die plötzliche Sorge, nur weil es ſich um die Privatlehrer ſeiner Kinder handelt, ſehr wenig an. Vor allem aber iſt die Entrüſtung ganz überflüſſig, da die Stadt ſehr gern qualifizierte Lehrkräfte der Privatſchulen in ſtädtiſche Dienſte übernimmt, wie das bereits zum Teil mit den Lehrkräften der kürzlich übernommenen Böhmiſchen Privatſchule geſchehen iſt.

Dann iſt es ebenſo lächerlich, wenn die Korreſpondenz ſchreibt, die Privatſchulen müßten nun die Kinder der aufzulöſenden Vorſchulklaſſen „auf die Straße" ſchicken. Der Schreiber dieſes albernen Satzes weiß ganz genau, daß die Kinder der privaten Vorſchulklaſſen dann in ſtädtiſche Vorſchulklaſſen übernommen werden.

Die dritte Unrichtigkeit beſteht in dem Aufruf an die Bezirke, ſich der „zentraliſtiſchen" Maßnahme zu widerſetzen. Der Magiſtrat hat das Recht, für ganz Groß-Berlin Anordnungen zu treffen und im vorliegenden Fall handelt es ſich um eine Maßnahme zur Durchführung der Einheitsſchule für ganz Groß-Berlin.

Da liegt aber der Haſe im Pfeffer. Die bürgerlichen Schulprivilegien ſollen vor der drohenden Einheitsſchule gerettet werden! Deshalb auch der intereſſante Ruf nach dem Unterrichtsminiſter, der aber wohl nicht Folge leiſten kann, wenn er ſo republikaniſch-demokratiſch iſt, das heißt das Selbſtverwaltungsrecht der Gemeinden achtend, wie man behauptet!

Berlin und die Erwerbsloſen

Der von der Stadtverordnetenverſammlung eingeſetzte ſtändige Ausſchuß zur Durchführung der Erwerbsloſenfürſorge beſchäftigte ſich in ſeiner geſtrigen Sitzung unter dem Vorſitz des Stadtv. Genoſſen Zimmermann mit weiteren Vorſchlägen zur Behebung der Arbeitsloſigkeit in den ſtädtiſchen Verwaltungen. Von volksparteilicher Seite wurde beantragt, den Magiſtrat zu erſuchen, die Garten- und Parkarbeiten in den ſtädtiſchen Anſtalten, die aus laufenden Mitteln beſtritten werden, gegenwärtig aber zum großen Teil darniederliegen, ſofort durchzuführen. Der Antrag wurde einſtimmig angenommen. Ebenſo wurde der von der unabhängigen Seite geſtellte Antrag angenommen, wonach der Magiſtrat dem Ausſchuß einen Ueberblick über die bereits angefangenen und ſtillgelegten Hoch- und Tiefbauten geben ſoll. Ferner ſoll feſtgeſtellt werden, wieviel Arbeiter durch dieſe Stillegungen erwerbslos geworden und wieviel Arbeitstage zur Fertigſtellung dieſer Bauten erforderlich ſind. Der Ausſchuß ſtellte ſich einmütig auf den Standpunkt, daß es erforderlich ſei, zunächſt die angefangenen Arbeiten fertigzuſtellen, und mit den Bauten zu beginnen, deren Fertigſtellung durchaus notwendig iſt, für die dann aber auch die Mittel beſchafft werden müßten. Lebhaft beklagt wurde es im Ausſchuß, daß in der ſtädtiſchen Verwaltung verſchiedene Ausſchüſſe und Deputationen ſich mit der Erwerbsloſenfrage nebeneinander beſchäftigen und daß es an einheitlichen Maßnahmen fehle. So ſei es ein unhaltbarer Zuſtand, daß von verſchiedenen Außenbezirken, z. B. Pankow und Tegel, Anträge auf Bewilligung von Mitteln zur Durchführung von Notſtandsarbeiten entweder an den großen Ausſchuß für die Erwerbsloſen- oder an den Stadtverordnetenausſchuß gehen. Auch der an der Sitzung teilnehmende Vertreter des Landesarbeitsbeſchaffungsamts erklärte, daß es ſo wie bisher in Berlin nicht weitergehen könne. Es ſei Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden, es fehle aber an Geld. Man könne die ſchwierige Frage nur ſo löſen, daß die Bezirksverwaltungen die wichtigſten Notſtandsarbeiten herausgreifen, für die dann die Mittel beſorgt werden müßten. Ein von kommuniſtiſcher Seite eingebrachter Antrag, wonach der Ausſchuß ſich gegen Arbeiterentlaſſungen in den ſtädtiſchen Betrieben, z. B. bei der Straßenbahn, ausſprechen ſolle, wurde mit Rückſicht auf die beim Magiſtrat ſchwebenden Verhandlungen in dieſer Frage vertagt. Zur nächſten Sitzung ſollen aber der Oberbürgermeiſter, der Kämmerer und die Baudezernenten um ihr Erſcheinen erſucht werden, damit ſie Aufklärung über die geplanten Entlaſſungen geben.

Direktor Birndörfer unter Beſtechungsanklage

Die ſchon vielerörterte Beſtechungsaffäre des Direktors Albert Birndörfer vom Eden-Hotel, welche ſchon recht wechſelvolle Schickſale gehabt hat, bildet den Gegenſtand eines umfangreichen Prozeſſes, der heute vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II unter Vorſitz des Landgerichtsdirektors Walter begann. Die Anklage wird von Staatsanwaltſchaftsrat Gentz vertreten, als Verteidiger des Angeklagten Birndörfer, der aus der Unterſuchungshaft vorgeführt wird, fungieren die Rechtsanwälte Dr. Friedemann, Dr. Alsberg und Kohl-München. Als Sachverſtändiger iſt der Bücherreviſor Michaelis geladen. — Wie noch bekannt ſein dürfte, war Birndörfer vom Wuchergericht des Landgerichts II wegen eines umfangreichen Schleichhandels mit Butter, Zucker, Mehl zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er flüchtete nach der Verurteilung nach der Schweiz. Da bei der Reviſion der Geſchäftsbücher des Eden-Hotels mehrere verdächtige Poſten über an die Polizei gezahlte Beträge entdeckt wurden, beantragte die Staatsanwaltſchaft ſeine Auslieferung aus der Schweiz, da B. dringend verdächtig ſei, Polizeibeamte beſtochen zu haben, um die Aufdeckung der Schleichhandelsfälle zu verhindern. Die Schweiz gab dem Auslieferungsantrage ſtatt und B. wurde in das Moabiter Unterſuchungsgefängnis überführt. — In der heutigen Verhandlung beſtreitet der Angeklagte zum Teil in ſehr erregter Weiſe, ſich der Beamtenbeſtechung ſchuldig gemacht zu haben. Der Vorſitzende hält ihm vor, daß ſich in den Büchern verſchiedene Poſten befinden, welche deutlich erkennen laſſen, daß an die Polizei Geldbeträge gezahlt worden ſind. Der Angeklagte erklärt hierzu, daß tatſächlich Beträge an die Polizei gezahlt worden ſeien, jedoch nicht zu Beſtechungszwecken, ſondern nur zur Stellung einer beſonderen Schutzwache in der damals ſehr unſicheren und aufgeregten Zeit, ferner für die Aufklärung von Diebſtählen. Die Beträge ſeien außerdem nicht nur an Polizeibeamte und die „Schupo" gezahlt, ſondern auch an Nichtbeamte, Privatdetektive uſw. Auf wiederholte Fragen des Vorſitzenden, wer denn die angeblichen Privatperſonen bzw. Detektive waren, an welche Geld gezahlt worden ſei, erklärt der Angeklagte, daß er die Namen der Betreffenden nicht angeben könne, er habe ſich ſtets nur die Telephonnummern notiert. Der Vorſitzende weiſt darauf hin, daß ſämtliche in Frage kommenden Polizeibeamten vernommen worden ſind und ſämtlich beſtritten haben, Geld erhalten zu haben. — Zu der Verhandlung ſind etwa 20 Zeugen geladen.

●

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Montag, abends ½7 Uhr, im Rathaus, Sitzungsſaal, Vortrag des Herrn Stadtrats Dr. Horten: Die Zukunft der ſtädtiſchen Werke. Sämtliche Bezirksverordnete ſowie die Obleute der Kommunalen Kommiſſionen der Verwaltungsbezirke, Diſtrikte und Abteilungen nehmen daran teil. Pünktliches Erſcheinen iſt Pflicht.

Arbeiter-Bildungsſchule. Der Kurſus des Genoſſen Dr. Löwenſtein über Schul- und Erziehungsfragen, wird am Sonntag, den 8. Mai, vormittags 10 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsſchule, Breite Straße 8-9, fortgeſetzt.

17. Verwaltungsbezirk. Sonnabend, den 7. Mai, abends 6 Uhr, pünktlich, gemeinſchaftliche Sitzung der Organiſationsleitungen der U. S. P. und der Bezirksverordneten von Lichtenberg, Friedrichsfelde-Karlshorſt, Kaulsdorf, Mahlsdorf, Biesdorf, Marzahn uſw. im Rathaus Lichtenberg. Tagesordnung: Stellungnahme und Beſchlußfaſſung über die neue Diſtriktseinteilung im Verwaltungsbezirk 17.

Franz Breidenbach geſtorben. Im Alter von 71 Jahren verſtarb unſer Genoſſe, der Lederfärber Franz Breidenbach. Wenn er auch in der Oeffentlichkeit nicht hervortrat, ſo ſoll man aber die Kleinarbeit, die er Jahrzehnte lang im 5. Kreis und jetzt im 18. Diſtrikt getan hat, nicht verkennen. Franz Breidenbach war keinen Augenblick im Zweifel, welchen Weg er zu gehen hatte bei der Trennung von den Regierungsſozialiſten und jetzt nach dem Parteitag in Halle hielt er treu zur Fahne der USPD. Ein alter kampferprobter Genoſſe kann er den Jungen ein Vorbild ſein. Die Einäſcherung findet Montag, nachmittag 5 Uhr, im Krematorium Gerichtſtraße, ſtatt.

Vermißt wird ſeit dem 2. Mai früh nach einem Anfall von Geiſtesſtörung die 15½jährige Kontoriſtin Dora Matheſius, wohnhaft Kottbuſer Damm 3, bei den Eltern. Sie wurde zuletzt geſehen am Großen Schauſpielhauſe in der Richtung nach der Karlſtr. Die Vermißte iſt 1,72 Meter groß, ſchlank und war bekleidet mit einem feldgrauen Mantel, ſchwarzen Strümpfen, halbhohen Schnürſtiefeln, kurzem dunkelblauen Rock, blauſeidener Bluſe mit helleren Tupfen, und trug einen kleinen ſchwarzen Trauerhut. Beſonderes Kennzeichen: im rechten Oberkiefer zwei ſenkrecht übereinanderſtehende Zähne, welche beſonders beim Lachen ſichtbar werden. Es wird befürchtet, daß das junge Mädchen bei ihrer Willensſchwäche in ſchlechte Umgebung gerät, oder irgendwo verborgen gehalten wird. Mitteilungen über die Vermißte nehmen die Polizeireviers, ſowie die Eltern entgegen. Unkoſten werden reichlich vergütet.

Ein Kinderturn- und Sportfeſt veranſtaltet die „Freie Turnerſchaft Neukölln-Britz", mit ihren 18 Knaben- und Mädchen-Abteilungen, am Sonntag, den 8. Mai, nachmittags 2 Uhr, auf dem Hertzbergplatz. Abmarſch des Feſtzuges mit Muſik 1 Uhr von der Schillerpromenade Ecke Steinmetzſtraße.

Der Arbeiter-Waſſerſport-Verband (Kreis I, Berlin-Brandenburg) veranſtaltet am Sonntag, den 8. Mai, nachmittags 2 Uhr, in der ſtädtiſchen Badeanſtalt Bärwaldſtraße, anläßlich der Wiedereröffnung dieſer Anſtalt ein Schau- und Wettſchwim-

---

Hundert Prozent

Die Geſchichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuſkript übertragen von Hermynia Zur Mühlen
Copyright by Der Malik-Verlag Berlin-Halenſee 1921

(48. Fortſetzung.) (Nachdruck verboten.)

58.

Als etwa dreißig Perſonen verſammelt waren, ging man zur Tagesordnung über. Grady erklärte, es ſei offenſichtlich, daß die Autoritäten das Bombenattentat erfunden hätten, um einen Vorwand zu haben, wider die J. W. Ws. vorzugehen. Das Hauptquartier ſei geſchloſſen, alles, Schreibmaſchinen, Möbel, Bücher, konfisziert worden. Zornige Rufe wurden laut. Auch ſei die Poſt der J. W. Ws. nicht mehr ſicher, die Literatur müſſe per Bahn befördert werden. Sie kämpften um ihre Exiſtenz, müßten auf irgendeine Art die Wahrheit unter die Leute bringen. Wenn jemand einen Vorſchlag zu machen wiſſe, ſo möge er reden.

Ein Vorſchlag nach dem anderen wurde gemacht; Peter ſaß wie auf Nadeln. Weshalb kommen ſie denn nicht, die jüngeren Mitglieder der Handelskammer und der Kaufmanns- und Fabrikanten-Vereinigung? Glaubten Sie denn, Peter werde hier die ganze Nacht ſitzen, bebend vor Angſt, ohne ein Abendeſſen im Magen?

Jählings ſchnellte Peter von ſeinem Stuhl auf. Von draußen drang ein Schrei herein. Donald Gordon, der eben eine Rede hielt, ſtockte, die Anweſenden ſtarrten einander an, etliche ſprangen von ihren Sitzen auf. Noch ſtärkere Schreie gellten durch die Nacht, einige der Anweſenden ſtürzten nach der Vorder-, andere nach der Hintertür, noch andere liefen ans Fenſter, zur Stiege. Peter verlor keine Zeit, raſte in den Korridor, kroch eiligſt in den Wäſcheſchrank und zog etliche Wäſcheſtücke über ſich. Kaum lag er dort, ſo folgten ihm andere, die das gleiche Verſteck erſpäht hatten.

Von ſeinem ſicheren Zufluchtsort aus lauſchte Peter der wilden Verwirrung. Der ganze Ort ſchien in eine Hölle verwandelt zu ſein, in der Frauen kreiſchten, kämpfende Männer fluchten, Möbel umfielen, Stöcke und Knüppel auf Menſchenſchädel niederſauſten. Die jüngeren Mitglieder der Handelskammer und der Kaufmanns- und Fabrikanten-Vereinigung waren in genügender Stärke erſchienen, um ihren Zweck zu erreichen. Es waren ihrer genug, um die Stube zu füllen, alle Türen zu verſtellen, die Fenſter zu bewachen, im Garten und auf der Straße Wache zu halten, damit beſtimmt kein Flüchtling entkomme.

Zuſammengekauert lauſchte Peter dem furchtbaren Lärm, dann hörte er die auf ihm liegenden Leute aufbrüllen, ſah, wie ſie fortgeriſſen, zu Boden geſchlagen wurden. Hände griffen nach ihm, er verkroch ſich, kreiſchte gellend, wagte dann aufzublicken, erſpähte einen Mann, der eine ſchwarze Maſke trug und in dem er Mc Givney erkannte. Noch nie im Leben hatte ſich Peter derart über den Anblick eines Menſchengeſichtes gefreut, wie er dies jetzt beim Anblick der maſkierten Ratte tat. Mc Givney hielt einen Knüppel in der Hand, ſchlug wild wütend auf die Wäſcheſtücke ein, unter denen Peter lag. Hinter Mc Givney, ihn deckend, verharrten Hammett und Cummings, ſchlugen auch ihrerſeits nach der Wäſche.

Der Kampf fand bald ein Ende, da jeder, der ſich zur Wehr ſetzte, überwältigt und niedergeſchlagen wurde. Dann ſuchten etliche Agenten, die die Roten nach jahrelangem Studium genau kannten, unter den Verletzten jene heraus, deren ſie habhaft werden wollten und legten ihnen Handfeſſeln an. Einer dieſer Agenten trat auch auf Peter zu, der ſchnurſtracks in Ohnmacht fiel und die Augen ſchloß. Hammet packte ihn unter den Armen, Cummins bei den Füßen, Mc Givney ſchritt neben ihnen her, laut bemerkend: „Dieſen Kerl brauchen wir, müſſen auf ihn aufpaſſen."

Sie trugen Peter auf die Straße. In der Dunkelheit öffnete er halb die Augen, ſah, die Straße ſei voller Automobile, in die die Roten verladen wurden. Peters Freunde trugen ihn zu einem Automobil und fuhren mit ihm von dannen. Peter kam wieder zur Beſinnung und alle vier lachten, daß ſie die Rippen ſchmerzten, ſchlugen einander auf die Schultern, ſprachen von drolligen Einzelheiten, die ſie beobachtet hatten. Grady hatte einen Hieb über dem Auge erhalten, ſein ganzes Geſicht ſei blutüberſtrömt geweſen, er wollte ja unbedingt ein Roter ſein, nun war er es auch äußerlich. Habe Mc Givney bemerkt, wie Bud Ellis, einer der Agenten, dem Vagabunden-Dichter die Naſe zerſchlagen habe? Und der junge Ogden, der Sohn des Präſidenten der Handelskammer, hatte nicht verhehlt, welche Gefühle er gegenüber dieſen „Viechern", männlich und weiblich, hege; da dieſe Jankowitſch-Hure ihm ins Geſicht geſchlagen, hatte er ſie beim Buſen gepackt, ihr faſt die Brüſte abgedreht, ſo daß ſie aufſchrie und ohnmächtig wurde.

Ja, die waren fortgefegt, doch war dies noch nicht alles, heute Nacht würde, ſo Gott wolle, ganze Arbeit getan werden. Die Paziſiſten ſollten den Krieg verkoſten, dem roten Terror in American-City ſollte ein für allemal ein Ende bereitet werden. Peter könne mithalten, wenn er Luſt habe; es ginge aufs Land hinaus, dort ſei es dunkel, wenn Peter eine Maſke vorbinde, werde ihn niemand erkennen. Peter ſagte ja, in ſeinem Blut tobte Jagdleidenſchaft, er wollte ſehen, wie das Wild zur Strecke gebracht wird.

59.

Der Motor ſurrte leiſe, da das Automobil wie auf Flügeln durch die Vorſtädte aufs offene Land hinausflog. Vor ihnen ſauſten Automobile, hinter ihnen ratterten Automobile, ein langer grellweißer Lichtſtrom floß über die Straße dahin. Sie erreichten einen Tannenhain, rieſenhafte Bäume ragten wie Kirchenſäulen auf, unter ihren Füßen breitete ſich ein mooſiger, braunweicher Teppich aus. Dies war ein wohlbekannter Ausflugsort, der Treffpunkt der Automobile. Alles war mit der Zulänglichkeit, die der Stolz jedes hundertprozentigen Amerikaners iſt, vorbereitet. Ein ſchwarzmaſkierter Mann ſtand in der Mitte des Haines, brüllte Anordnungen durch ein Megaphon, die Automobile wurden in einem großen Kreis aufgeſtellt. Dieſe Automobile der jüngeren Mitglieder der Handelskammer und der Kaufmanns- und Fabrikanten-Vereinigung waren wohlerzogene Gefährte, glitten ebenſo leiſe und gewandt an die Stelle, die der Megaphonſtimmige angab, wie ſie es taten, wenn die jüngeren Mitglieder mit Frauen und Bräuten zu einem Diner oder einem Empfang fuhren.

Immer noch kamen Automobil um Automobil, bis auch für kein einziges mehr Platz war. „Nummer Eins!" tönte es drohend durch die Luft. Eine Anzahl Männer entſtieg einem Automobil, zerrte einen gefeſſelten Gefangenen nach ſich. Dies war Michael Dubin, der junge jüdiſche Schneider, mit dem Peter im Gefängnis fünfzehn Tage verbracht hatte. Michael war ein Büchermenſch und ein Träumer, hatte derartige Szenen der Gewalt noch nicht erlebt, auch gehörte er einer Raſſe an, die ſich nicht ſcheut, ihren Gefühlen Ausdruck zu verleihen und die deshalb dem hundertprozentigen Amerikaner antipathiſch iſt. Er ſchrie und ſtöhnte, während ihm die Handfeſſeln abgenommen, Rock und Hemd ausgezogen wurden. Die maſkierten Männer ſchleppten ihn zu einem Baum in der Mitte des Kreiſes, feſſelten ihm die Arme, die ſie um den Baumſtamm zogen, auf dem Rücken. Hier ſtand er in der blendenden Helle von etwa dreißig Automobillampen, wand ſich, wimmerte, während einer der Maſkierten den Rock auszog und ſich zur Tat vorbereitete. Er zog eine lange, ſchlangenhaft gewundene Peitſche hervor, verharrte einen Augenblick. „Los!" brüllte die Megaphonſtimme, die Peitſche pfiff durch die Luft, ſauſte auf Michaels Rücken nieder, riß das Fleiſch auf, ſo daß Blut hervorſpritzte. Ein Schrei des Schmerzes erſcholl, das Opfer wand und drehte ſich, wie im Todeskampf. Abermals pfiff die Peitſche durch die Luft, und wieder erklang der dumpfe Ton, da ſie das Fleiſch aufriß und noch mehr Blut hervorquoll. (Fortſ. folgt.)

men. Volkstümliche Aufführungen wie Reigen, Stafetten, Tauchen, Springen und Waſſerballſpiele der beſten Mannſchaften werden erneut den Beweis des hohen Könnens unſerer Arbeiterſchwimmer bringen. Das Feſt beginnt pünktlich und iſt um 4½ Uhr bereits beendet. Der arbeitenden Bevölkerung des Bezirkes Berlin VI kann der Beſuch der Veranſtaltung nur empfohlen werden. Einlaßkarten ſind an der Tageskaſſe zu haben.

Gewerkſchaftliches

Notwendigkeit gewerkſchaftlicher Organiſation

Die Notwendigkeit der gewerkſchaftlichen Organiſation, auch der ſogenannten „beſſeren Angeſtellten“, zeigt ein Vorfall aus der jüngſten Zeit:

Bei der weltbekannten Firma Theodor Teichgraeber A.-G., Fabrikation und Großhandel von Chemikalien, wurde vor fünf Monaten ein 27jähriger fremdſprachlicher Propagandiſt (drei fremde Sprachen, Hochſchulbildung uſw.) zu dem „fürſtlichen“ Gehalt von **650 Mark** monatlich angeſtellt. Nach dem Probemonat ſollte dann eine zeitgemäße Entlohnung eintreten. Dieſe beſtand nun darin, daß in der Zwiſchenzeit langſam aber ſicher das Gehalt des Betreffenden die ſchwindelnde Höhe von 798,50 M. erreichte; davon gehen die Steuern und ſonſtigen Abzüge noch ab. Als der Angeſtellte nun an die Einlöſung der ihm gemachten Verſprechen erinnerte und ſich wagte, ein Monatsgehalt von 1250 Mark als das Exiſtenzminimum zu bezeichnen und zu fordern, wurde er von der Firma ſofort gekündigt und auf die Straße geworfen. Der Angeſtellte war nicht gewerkſchaftlich organiſiert, kannte die geſetzlichen Vorſchriften nicht und hat gegen dieſes „menſchenfreundliche“ Verhalten der Firma zu ſpät Einſpruch erhoben.

Im vergangenen Jahre erhielten die Herren Aktionäre der Geſellſchaft **12 Prozent Dividende** für Nichtstun und der Angeſtellte hat nun für eine Arbeit ebenfalls „den Lohn“!!

Die Angeſtellten ſollten daraus wieder lernen, daß trotz Penſionskaſſen, Jubiläumsgeſchenken und anderen Dingen mehr, wie ſie bei vielen Firmen, ſo auch bei der genannten, eingeführt ſind, der Zuſammenſchluß in der freien Gewerkſchaft eine dringende Notwendigkeit iſt, wenn ſie ſich wirkſam gegen ſolche Willkürakte ſchützen wollen.

Bauarbeiter

Für jeden klaſſenbewußten Bauarbeiter gilt zur Urwahl am Sonntag von 9—1 die Parole:

Thöns — Wartenberg.

Kundgebungen der Betriebsräte

Dem „Mitteilungsblatt“ des Groß-Berliner Schlichtungsausſchuſſes vom 15. April entnehmen wir folgenden Schiedsſpruch:

Schiedsſpruch II. Der Schlichtungsausſchuß ſchließt ſich der Auffaſſung von Feig und Sitzler, Anmerkung zu § 34 BRG., an und erachtet den Betriebsrat für befugt, ſachliche Bekanntmachungen, jedoch nur im Rahmen ſeiner Zuſtändigkeit, den Arbeitnehmern auch ohne Zuſtimmung des Arbeitgebers, durch Aushang an den betriebsüblich dazu beſtimmten Stellen bekanntzumachen.

Durch die Bekanntgabe des Antrags, Herrn v. L. aufzugeben, auch im Verkehr mit dem Betriebsrat die Grundſätze von Anſtand und Sitte zu beachten, hat Herr M. die Grenzen der Sachlichkeit und der Zuſtändigkeit des Betriebsrats weit überſchritten und ſeine Pflicht, das Einvernehmen zwiſchen Arbeitnehmerſchaft und Arbeitgeber zu fördern und den Betrieb vor Erſchütterungen zu bewahren (§ 66 Ziffer 3 und 6 BRG.) erheblich verletzt. Die Firma war berechtigt, dieſe Kundgebung abzureißen, da dies zur Abwehr eines die Ehre und das Anſehen eines Betriebsleiters gefährdeten Angriffs geſchah. Der Vorwurf der Unſittlichkeit und Unanſtändigkeit gegen Herrn v. L. iſt nicht begründet.

gez. Dr. Löwenthal, unparteiiſch. Vorſitzender.

Demnach ſind Mitteilungen der Betriebsräte, an die Arbeiter gerichtet, nicht abhängig von dem Willen der Unternehmer und es braucht nicht die Zuſtimmung derſelben erſt eingeholt werden.

Angeſtellte der chemiſchen Induſtrie!

Der am 24. Januar 1921 gefällte Schiedsſpruch in der chemiſchen Induſtrie iſt laut Schreibens des Reichsarbeitsminiſters vom 26. April 1921 für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Januar 1921.

Gleichzeitig wird uns vom Reichsarbeitsminiſterium die Mitteilung, daß ſich die allgemeine Verbindlichkeit des Tarifvertrages vom 2. Juni 1920 für die Angeſtellten der chemiſchen Induſtrie, ausſchließlich der Direktoren, Prokuriſten und der zur Vertretung der Firma bevollmächtigten Angeſtellten, auch auf die Betriebe der pharmazeutiſchen Induſtrie ausdehnt.

Afa-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.
Flatau. Schifora.

Für die Arbeitsloſen. Eine Betriebsverſammlung der N. A. G. Oberſchöneweide hat folgende Reſolution faſt einſtimmig bei einer Belegſchaft von 3000 Mann angenommen: „Die am 28. April 1921 in „Mörners Blumengarten“ tagende Betriebsverſammlung der N. A. G. iſt bereit, mit allen zu Gebote ſtehenden Mitteln einzutreten für die Hebung der überaus traurigen Lage unſerer arbeitsloſen Klaſſengenoſſen. Fußend auf den zehn Forderungen des Allgemeinen Deutſchen Gewerkſchaftsbundes, willigt die Verſammlung ein in eine Verkürzung der Arbeitszeit, um den Arbeitsloſen Gelegenheit zur Arbeit zu geben. Die Verſammlung verlangt aber von den maßgebenden Inſtanzen die ſofortige Einleitung von Verhandlungen zwiſchen den ſozialiſtiſchen Parteien einerſeits und den Gewerkſchaften bzw. der Freigewerkſchaftlichen Betriebsrätezentrale andererſeits, damit es möglich wird, für die 10 Punkte des A. D. G. B. in eine einheitliche geſchloſſene Aktion der geſamten Arbeiterſchaft einzutreten.

Holzarbeiter. Bei der Firma Wohlfarth u. Goldſchmidt, Möbelfabrik, ſtehen die Arbeiter ſeit 10 Wochen im Streik. Die Löhne hatten bei Beginn des Lohnkampfes die enorme Höhe von 5.45 M. im Durchſchnitt. Den Tiſchlern, die bei Teilarbeit beſchäftigt waren, wurden Löhne gezahlt von 5.25 M. bis 5.35 M. trotz Spruches vom Tarifamt für das Holzgewerbe, welcher für Facharbeiter über 22 Jahre ab 14. Juli 1920 den Durchſchnittslohn auf 6.00 M. pro Stunde feſtſetzt. Schon am 1. Februar 1921 wurden an die damals noch beſtehende Schlichtungskommiſſion Anträge zum friedlichen Ausgleich der Differenzen geſtellt, die aber von der Firma ſabotiert wurden. Es iſt nun allerdings mehr wie ſonderbar, wenn bei der Höhe der obigen Löhne und der Umgehung jeder Verſtändigung die Firma bei jeder Gelegenheit den berechtigten Lohnkampf ihrer Arbeiter als wilden Streik bezeichnet. Die Arbeiter der Firma werden ſich dadurch von ihren berechtigten Forderungen nicht abdrängen laſſen.

Deutſcher Metallarbeiter-Verband, Deutſcher Holzarbeiter-Verband, Verband der Maler und Lackierer und Verband der Sattler. Sonntag, den 8. Mai, vorm. 10 Uhr, Vollverſammlung aller in den Wagen- und Karoſſeriebetrieben beſchäftigten Arbeiter in Bökers Feſtſälen, Weberſtr. 17. Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand im Gewerbe. 2. Diskuſſion. Die Mitglieder des Kartells ſowie alle Funktionäre werden erſucht, pünktlich 8½ Uhr in denſelben Lokalen zu erſcheinen. Die Ortsverwaltungen.

Verbindlich erklärter Tarifvertrag. Das Reichsarbeitsminiſterium hat den Nachtrag vom 1. Februar 1921 zum Tarifvertrag vom 14. Oktober 1920 für die Angeſtellten der Krawattenbranche für die Einheitsgemeinde Berlin mit Wirkung vom 1. Januar 1921 für allgemein verbindlich erklärt.

Preußiſcher Landtag

17. Sitzung, Freitag, den 6 Mai.

Neue Regierungserklärung über Oberſchleſien

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Miniſter des Innern, Dr. **Dominicus**, folgende Erklärung ab:

Die Lage in Oberſchleſien iſt äußerſt ernſt. Auch die interalliierte Kommiſſion iſt dieſer Anſicht, weil ſie zu der Erkenntnis gekommen iſt, daß die Beſatzungstruppen nicht ſtark genug ſind. (Hört, hört!) Die Zahl der gut bewaffneten polniſchen Aufrührer iſt nach den letzten Meldungen bis auf 100 000 Mann geſtiegen. Deshalb hat die interalliierte Kommiſſion einen in den Zeitungen bekannt gemachten Aufruf in Oppeln plakatieren laſſen, um die Deutſchen aufzufordern, in die Apo einzutreten. (Hört, hört!) **Die polniſche Apo in Oppeln wurde von der Interalliierten Kommiſſion entwaffnet und zum größten Teil interniert.** Die Gruben im Kreiſe Beuthen ſind ſämtlich von Inſurgenten beſetzt. Betriebsanlagen, Eiſenbahnen, Straßenbahnen ſind außer Betrieb. Der von Korfanty ernannte Oberkommandierende Dolliva hat einen Befehl erlaſſen, wonach alle waffenfähigen Männer von 18 Jahren ab einzuziehen ſind. Die **Stadt Hindenburg iſt von den Polen beſetzt worden.** In Kreuzburg halten nach dem Abzug der Franzoſen die Deutſchen Ruhe und Ordnung aufrecht. (Lebhaftes hört, hört!) In Neiße iſt ein franzöſiſcher Offizier, ein franzöſiſcher Kreiskontrolleur und ein Pole von den Eiſenbahnerwachttruppen gefangen genommen worden, als ſie gerade dabei waren, eine Eiſenbahnbrücke über den Hotzen-Fluß — einen Nebenfluß der Oder — zu ſprengen. (Lebhaftes Hört, hört! rechts.) **Dies iſt ein Beweis für die**

aktive Teilnahme von Franzoſen an der Aufſtandsbewegung.

Seit geſtern abend beſteht keine Eiſenbahnverbindung mehr mit Kattowitz. Im allgemeinen iſt feſtzuſtellen, daß das Gebiet öſtlich der Korfantylinie in der Hand der Inſurgenten iſt. Die größeren Städte mit deutſcher Bevölkerung halten ſich noch. Es kommen aus dem Aufſtandsgebiet Klagen über Lebensmittel- und Kohlennot. Aus Pleß wird gemeldet, **daß die Italiener an Verluſten 16 Gefangene, 24 Schwerverwundete und 20 Tote beklagen.** (Lebhaftes hört, hört!)

Geſtern hat eine Beratung des Reichskabinetts unter Hinzuziehung der preußiſchen Miniſter und der Oberſten Heeresleitung ſtattgefunden. (Rufe auf der äußerſten Linken: Oberſte Heeresleitung! Hört, hört! — Gegenruf rechts: Ruhe!) Die Reichsregierung hat abermals eine Note an die Ententeregierungen geſandt und verlangt, daß interalliierte Verſtärkungen nach Oberſchleſien geſchickt werden. Das deutſche Reich hat ſich bereit erklärt, die erforderliche Hilfe zu leiſten. Die preußiſche Staatsregierung wird alles tun, um ſo ſchnell und durchgreifend wie möglich Abhilfe zu ſchaffen.

Abg. **Meyer**-Oſtpreußen (VKPD.): beantragt die Beſprechung der Regierungserklärung. — Vizepräſident **Dr. Porſch** erklärt, der Aelteſtenrat habe einſtimmig beſchloſſen, die Regierungsmitteilungen dieſer Tage nicht zu beſprechen. — Es erfolgt Abſtimmung über den Antrag Meyer (Komm.). Nur die Kommuniſten ſind dafür. Vizepräſident **Dr. Porſch** erklärt den Antrag für abgelehnt. Abg. **Meyer** (Komm.) widerſpricht, da nach der Geſchäftsordnung für die Beſprechung einer Regierungserklärung ein Antrag nur von 15 Mitgliedern unterſtützt werden müſſe. — Vizepräſident Dr. Porſch läßt nunmehr die Beſprechung zu.

Abg. **Eberlein** (Komm.) (von der Rechten und vom Zentrum mit den Rufen: Raus, raus, empfangen. — Die Rechtsparteien und das Zentrum verlaſſen den Saal.): Der Aufſtand in Oberſchleſien iſt eine Folge der Sünden des alten Preußens. Die Nachricht, als ob es ſich nur um polniſche Inſurgenten handele, kann nicht ſtimmen, weil nach der Angabe des Miniſters des Innern, die Zahl der Aufſtändigen ſchon auf 100 000 geſtiegen iſt. Das iſt ein Beweis, daß die arbeitende Bevölkerung Oberſchleſiens dabei iſt, ihre Bedrücker zum Teufel zu jagen. Sie wird ſich nicht mehr von den preußiſchen Junkern und Kapitaliſten ſchuhriegeln laſſen. Nicht nationaliſtiſche, ſondern wirtſchaftliche Motive haben den Kampf entfeſſelt. Der Kampf hat einen

revolutionären Unterton,

es handelt ſich um die Verjagung der Kapitaliſten. **Wir begrüßen es, daß das oberſchleſiſche Proletariat die Situation begriffen hat und weder die polniſchen noch die deutſchen Kapitaliſten dulden will.** Wir fordern das deutſche Proletariat auf, dem oberſchleſiſchen Proletariat zu Hilfe zu kommen. Für das deutſche Proletariat gilt, keinen Waffentransport nach Oberſchleſien zuzulaſſen. **Das oberſchleſiſche Proletariat hat die Betriebe beſetzt, es wird ſie ſelbſtverſtändlich auch gegen die polniſche Soldateska verteidigen.** Die erhöhte Alarmbereitſchaft iſt für das Proletariat notwendig. Es muß trotz der Verrätereien der Sozialdemokraten und Unabhängigen für das oberſchleſiſche Proletariat eintreten. (Ironiſcher Beifall b. d. Mehrheit d. Hauſes.)

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Kleine Anfragen

Die Beſtechungsfälle im Depot Oſt der Schutzpolizei (Anfrage des Abg. **Ludwig** U. Soz.) werden mit größtem Nachdruck unterſucht. Das Verfahren iſt noch nicht abgeſchloſſen. **Eine Anzahl der beteiligten Beamten iſt ſofort entlaſſen worden; ebenſo rückſichtslos wird gegen alle anderen vorgegangen werden, bei denen etwa noch Verfehlungen feſtgeſtellt werden.** Die Lieferanten, die mit den Vorfällen in Verbindung ſtehen, ſind ſofort von allen weiteren Lieferungen ausgeſchloſſen worden.

Ausſprache über Erwerbsloſenfürſorge.

Abg. **Knoth** (Komm.): Mit dem Eiſenbahnbau kann der Erwerbsloſigkeit nicht abgeholfen werden, ſondern nur durch Umgeſtaltung der kapitaliſtiſchen Wirtſchaft. Sehen Sie nach Rußland! In Rußland bauen die Arbeiter mit ihrer Arbeitskraft die Wirtſchaft ſelbſt wieder auf. (Lachen bei der Mehrheit.)

Abg. **Holzamer** (Wirtſchaftsp.): Wie das ruſſiſche Syſtem wirkt, zeigen die 50 000 Zentner verdorbener Wurſt in Neukölln.

Abg. **Jakoby-Raffauf** (Ztr.): Wir unterſtützen alle Anträge, die durch öffentliche Arbeiten die Erwerbsloſigkeit lindern wollen.

Abg. **Bubert** (Soz.): Die Regierung hat nicht alles getan, um ihrerſeits der Arbeitsloſigkeit abzuhelfen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müſſen obligatoriſch gezwungen werden, ſich an die paritätiſchen Arbeitsnachweiſe zu wenden. **Die Arbeitgeber ſabotieren aber auch die Schlichtungsausſchüſſe.** Im Augenblick, wo Sie (nach rechts) wieder Einfluß auf die Staatsregierung gewinnen, werden Sie für den Gedanken der Arbeitsloſenunterſtützung nichts mehr übrig haben. Auch den Kommuniſten ſind die Arbeitsloſen nur Mittel zum Zweck. Sie freuen ſich deshalb aus parteipolitiſchen Gründen über die ſtetig wachſende Ziffer der Arbeitsloſen. Die „Rote Fahne“ hat es mehrfach offen ausgeſprochen, **daß die Arbeitsloſen mobiliſiert werden müßten,** ſie ſind für die Kommuniſten nur der Sturmbock gegen die bürgerliche Geſellſchaft. (Zuruf bei den Komm.: Stinnesagent!) Wir haben mit Stinnes nichts gemein, wenn wir aber die Wahl hätten zwiſchen einer Stinnesrepublik und einer Räterepublik nach ruſſiſchem Muſter, ſo würden wir noch immer die Stinnesrepublik vorziehen.

Abg. **Koch** (Dnat.): Bisher wurde nur eine unproduktive Erwerbsloſenfürſorge getrieben. Der erſte Fehler wurde ſchon am 9. November gemacht, weil man damals phantaſielos vorging. Nicht das Almoſengeben, wie es bei der Stadt Berlin üblich iſt, kann helfen, ſondern nur die Beſchaffung von Arbeit. Es kann nicht ſo gehen, wie bei der Behandlung der Obdachloſen in Berlin. Was zu viel iſt, iſt zu viel. Nachtsüber Unterkunft im Obdachloſenheim, tagsüber Erwerbsloſenunterſtützung und Spazierengehen in den Parkanlagen der Stadt. (Gelächter.)

Die Ausſprache ſchließt. Die Anträge gehen teils an den Hauptausſchuß, teils an den Verkehrsausſchuß, teils an den Geſchäftsordnungsausſchuß und teils an den Ausſchuß für Handel und Gewerbe.

Der Präſident ſchlägt dem Hauſe vor, ſich zu vertagen und ſetzt die nächſte Sitzung auf Sonnabend 1 Uhr feſt. Reſt von heute, **weltliche Schulen, Kleine Anfragen, Ein Antrag Leid (U. Soz.)** die große Anfrage der Unabhängigen über das Exploſionsunglück auf der Zeche „Konſtantin der Große“ morgen auf die Tagesordnung zu ſetzen, wird nach längerer Geſchäftsordnungsdebatte abgelehnt. Schluß nach 6 Uhr.

Der preußiſche Staatsrat

Der preußiſche Staatsrat iſt am Freitag zuſammengetreten, um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen. Das deutſche Volk verfügt nämlich über eine ſolche Unzahl von politiſchen Talenten, daß ſie im Reichstag und in den Landtagen allein nicht untergebracht werden können. Die Erledigung der parlamentariſchen Arbeiten erfolgt infolge der Beſchränkung, die ſich alle Abgeordneten auferlegen, in ſo kurzer Zeit, daß es abſolut notwendig war, neben dem preußiſchen Landtag noch ein von den Provinziallandtagen in indirekter Wahl erkürtes Oberhaus zu ſchaffen, in dem derſelbe Stoff noch einmal durchgekaut werden kann. Es iſt zu hoffen, daß dadurch zahlreiche Differenzen zwiſchen den beiden Häuſern produziert werden, die den beiden Vertretungen dann Gelegenheit zu ihrer Beilegung ſchaffen werden, ſo daß die parlamentariſchen Mühlen niemals mehr ſtill zu ſtehen brauchen.

Der preußiſche Miniſterpräſident Stegerwald, der den Staatsrat eröffnete, iſt allerdings anderer Meinung, oder gab wenigſtens einer anderen Meinung Ausdruck, indem er von der großen Bedeutung dieſes hohen Hauſes ſprach und von der Wichtigkeit ſeiner Beratungen für das Wohl des Volkes. Dann konſtituierte ſich das neue Haus, indem der Freiherr von Wilmowski-Merſeburg (Dn.) als Alterspräſident den Vorſitz übernahm. Dem Staatsrat ſind eine Reihe von Geſetzentwürfen, darunter der Etat, eine Abänderung des Berggeſetzes und der Entwurf über ein Wahlprüfungsgericht zugegangen.

Vorläufig fehlen dem Staatsrat noch die fünf Vertreter Oberſchleſiens, deren Wahl bisher nicht ſtattfinden konnte. Es iſt faſt ſicher, daß drei Zentrumsabgeordnete und zwei Mehrheitsſozialiſten noch zu den bisherigen 79 Mitgliedern hinzutreten werden. Eine gewiſſe Ueberraſchung bildet es, daß ſich die Deutſchnationalen und die Deutſche Volkspartei mit einigen anderen rechtsſtehenden Mitgliedern zu einer einzigen Fraktion vereinigt haben, die ſich Preußiſche Arbeitsgemeinſchaft im Staatsrat nennt und 26 Mitglieder zählt. Dieſe Vereinigung hat offenbar den Zweck, der Rechten die Befugniſſe der ſtärkſten Partei, vor allem alſo die Möglichkeit, den Präſidenten zu ſtellen, einzuräumen. Es iſt klar, daß dieſe künſtliche Gruppierung die anderen Parteien durchaus nicht davon abzuhalten braucht, die Deutſchnationalen und die Deutſche Volkspartei als die geſonderten Parteien zu betrachten, als die ſie ſonſt bei den Wahlen und in den anderen Parlamenten erſcheinen. Die Stärke der übrigen Parteien iſt folgende: Zentrum 21, davon drei aus Oberſchleſien, S. P. D. 20, davon zwei aus Oberſchleſien, U. S. P. 6, K. P. D. und Demokraten je 3 Mitglieder.

Die nächſte Sitzung findet Sonnabend, 10 Uhr vormittags, ſtatt.

Arbeiterſport

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“. Touren für Sonntag, den 8. Mai: **1. Abt.:** Mahlsdorfer Schleuſe. Start 7 Uhr. Mittags nach Hirſchgarten (Wilhelmshof). Start 1 Uhr, Willmsſtr. 36. — **2. Abt.:** Wandlitzſee. Start 6 Uhr, Fontaneſtraße, Ecke Blücherſtraße. Nachmittags (Leuchtturm.) — **3. Abt.:** Streifzüge durch den Brieſelang. Start 6 Uhr. Pichelswerder, Alter Freund. Start 1 Uhr. — **4. Abt.:** Streifzüge durch den Blumental. Start 5 Uhr. Nachmittags nach Ahrensfelde. Start 1 Uhr, [illegible], Ecke Frankfurter Allee. — **5. Abt.:** Familientour nach Pferdebucht. Start 1 Uhr, Komturplatz. — **6. Abt.:** Nedlitz (Römerſchanze). Start 5½ Uhr. Mittags 12½ Uhr, Wannſee (Fürſtenhof). Start Kopenhagener Str. 36. — **7. Abt.:** [illegible]. Start 5 Uhr, Schulſtr. 19. Mittags nach Löwenbruch. Start 12 Uhr, Sportplatz. — **8. Abt.:** Rüdersdorf. Start 6 Uhr. Mittags [illegible]. Start 1 Uhr, Waldſtr. 8. — **11. Abt.:** Rüdersdorf (Kalkberge). Start 6 Uhr. Mittags 1 Uhr, Rahnsdorfer Mühle. Start Seeſtr. 101. — **12. Abt.:** Motorfahrer über [illegible], Eiche nach Tiefenſee. Start 11 Uhr, Bahnhof Frankfurter Allee. — **Ortsgruppe Mariendorf, Tempelhof nach Teltow.** Start 1 Uhr, bei Streller, Chauſſeeſtr. 37. — **Ortsgruppe Pankow** nach Teltow—[illegible]. Start 1 Uhr bei [illegible]. — **Ortsgruppe Lichtenberg** nach Wandlitzſee. Start 7 Uhr, Jungſtr. 10. — **Ortsgruppe Charlottenburg** nach [illegible]. Start 1 Uhr, Birnbaum, Galvaniſtraße. — **Ortsgruppe Reinickendorf:** Ziel am Start 12½ Uhr, bei Müller. — **Ortsgruppe Marienfelde** nach Bruſendorf. Start 1 Uhr. — **Ortsgruppe Johannisthal** nach [illegible]. Start 1 Uhr, Luftverkehr. — **Ortsgruppe Rathenow** nach Zolchow—[illegible]. Start 2 Uhr.

Touriſten-Verein „Die Naturfreunde“. Fahrten am Sonntag, den 8. Mai: **Norden:** Zeuthen—[illegible]. Abf. 7.35 Uhr vom Görlitzer Bahnhof. — **Steglitz:** [illegible]-Berge—Nuthe. Treff 6.30 Uhr, Bahnhof Steglitz (Sonnabend). — **Schöneberg:** Erkner—Werlſee. Treff 6.20 Uhr, Bahnhof Schöneberg. — **Weißenſee:** Zoſſen—Sperenberg. Treff Sonnabend 6.30 Uhr, Potsd. Ringbahnhof. — **Süd-West** (Jugend-Abt.): Finkenkrug—Nauen. Treff 8 Uhr, Bahnhof Weißenſee. — **Wedding:** Königswuſterhauſen—Seengebiet. Treff Sonnabend 7 Uhr, Görlitzer Bahnhof. — **Wedding:** Königswuſterhauſen—[illegible]. Treff Sonnabend 5.30 Uhr, Görlitzer Bahnhof. — **Moabit:** Eberswalde—[illegible]. Treff Sonnabend 6.30 Uhr, Stettiner Fernbahnhof. — **Oſten:** Trebnitz—Wulkow. Treff 5.45 Uhr Schleſiſchen Bahnhof.

Fußballſpiele der Märkiſchen Spielvereinigung zugunſten des Arbeiter-Samariter-Bundes am Sonntag, den 8. Mai, nachm. 3 Uhr: Weißenſee—Nowawes in Weißenſee, Rennbahngelände. Brandenburg — Boruſſia in Lichtenberg, [illegible]ſtraße. Adlershof — Rüſtig-Vorwärts in Adlershof, Cöpenicker Chauſſee. Friſch-Frei — [illegible] in Niederſchöneweide, Berliner Straße. Fichte-Geſundbrunnen gegen Reinickendorf in Reinickendorf, [illegible]-, Ecke Rütliſtraße. Stralau — [illegible] in Stralau, [illegible]. Treptow-Süd — Oberſpree in Baumſchulenweg, [illegible]-Allee 15-18. Adler 08 — Tegeler B. C. in Pankow, [illegible] Straße, [illegible]-Sportplatz. Germania — Pankow 08 in Weißenſee, Rennbahngelände. Schöneberg — Viktoria in Schöneberg, Haupt-, Ecke Rubensſtraße. J. B. C. gegen [illegible] in Johannisthal, Waldſtraße. Steglitz — Potsdam in Steglitz-[illegible], Gemeindeſportplatz. Friſch-Frei — Trebbin in Lichterfelde, Teltower Straße am Parkfriedhof. Teltow-Zehlendorf — Lichtenrade in Zehlendorf, Machnower Chauſſee. Friedersdorf — Lichtenberg 2 in Friedersdorf, Linden-Allee. Tasmania [illegible] gegen Lichtenberg 21 auf dem Tempelhofer Feld, an der Steinmetzſtraße. Fichte-Süd — Friedrichshagen in Hohenſchönhauſen, Sommerſtraße. Freiheit-Niederlehme — Eintracht 15 in Niederlehme, [illegible]. Neu-Zittau — Waltersdorf in Neu-Zittau, [illegible]ſtraße. Wahlsdorf — Eichwalde in Wahlsdorf, Grunower Straße. Jugendluſt-Niederlehme — N. B. C. in Niederlehme. Alt-Glienicke gegen Fichte 14 in Alt-Glienicke, [illegible]. Groß-Beſten — Ragow in Groß-Beſten. N. S. C. — Lindenwalde 2 in Mariendorf, Kaiſer-, Ecke Rathausſtraße. Fichte-Süd — Brandenburg a. H. in Nowawes, Park Babelsberg. Vorher Spiele der 2. Mannſchaften.

Reichs-Arbeiterſporttag am Sonntag, den 29. Mai im Stadion Grunewald. Die Fußballvereine innerhalb Berlins (Neukölln, Pankow, Reinickendorf und bezgl. durch die Kartelle) können die Billetts bei R. Welz umgehend in Empfang nehmen.

Aus den Organiſationen

Sonnabend, 7. Mai

1. Diſtrikt. ½8 Uhr Vorſtandsſitzung bei Krüger, Grimmſtr. 1.

4. Diſtrikt. Die Plakate zum Frühkonzert ſind am Sonnabend abend durch die Abteilungsführer von Wittlich, Petersburger Straße, abzuholen.

Mariendorf. ½8 Uhr bei Streller, Chauſſeeſtr. 37, Funktionärſitzung. Es müſſen alle Funktionäre erſcheinen, alle Kommiſſionen vollzählig, da eine wichtige Tagesordnung vorliegt.

Sonntag, 8. Mai

18. Verwaltungsbezirk (Weißenſee-Hohenſchönhauſen). Vorm. 9 Uhr in Hohenſchönhauſen, Berliner Straße [illegible], Sitzung ſämtlicher Funktionäre aus den Orten Weißenſee, Hohenſchönhauſen, Malchow, Wartenberg, Falkenberg. Die Genoſſen Weißenſees treffen ſich ½8 Uhr bei Wilhelm Koppe, Sedan-, Ecke Lichtenberger Straße.

Die Kinder des Schönhauſer Viertels, des 13. Diſtrikt, treffen ſich ½7 Uhr Arnim-Platz (Schivelbeiner Straße).

14. und 15. Diſtrikt. Vorm. 9 Uhr verſammeln ſich die ſämtlichen Kinder unſerer Genoſſen zu einer Demonſtration durch den Stadtteil Moabit für die weltliche Schule im kleinen Tiergarten am Kriegerdenkmal. Erſcheint in Maſſen! Tafeln und Schilder, die Schule betreffend, ſind mitzubringen.

U. S. P.-Lehrer. Nachm. 3 Uhr Fraktionsſitzung, „Freiheit“-Bibliothek.

Borſigwalde. Vorm. 9½ Uhr Sitzung der Agitationskommiſſion bei Wernau, Schubertſtr. 39.

Friedenau. Familienausflug nach [illegible] über Wannſee. Treffpunkt Wannſeebahnhof Friedenau, vormittags 8½ Uhr.

Vereinskalender

Sonnabend, 7. Mai

Deutſcher Transportarbeiter-Verband, Agitationsbezirk Cöpenick und Umgegend. Abends 7 Uhr allgemeine Verſammlung bei Stippekohl, Cöpenick, [illegible] Straße 5. Tagesordnung: Amſterdam oder Moskau. Keiner darf fehlen.

Sonntag, 8. Mai

Kindergruppe Norden der ſozial. Proletarierjugend. Vorm. 7 Uhr vom Bahnhof Geſundbrunnen Fahrt zum Jugendtag nach Pichelswerder. Auch Eltern herzlich willkommen.

Verband Volksgeſundheit veranſtaltet heute ſein diesjähriges Frühlingsfeſt im Landheim in Müggelheim. Beginn nachmittags 2 Uhr. Gäſte herzlich willkommen.

Freireligiöſe Gemeinde. Vorm. 11 Uhr im Rathaus, Königſtraße, Vortrag des Herrn Dr. H. J. Chriſtian: „Die Entwicklung der chriſtlichen Kirche zur Staatskirche“. Harmonium: Andante a. d. H-Moll-Sinfonie (Schubert).

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebſchütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales u. Gewerkſchaftl.: Gerhard Saeger, Berlin; für den Inſeratenteil u. geſchäftliche Mitteilungen: Ludwig Kemeriner, Karlshorſt. — Verlagsgenoſſenſchaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8/9.